

## **Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuer samt Protokoll (Tadschikistan), Fassung vom 26.02.2024**

### **Langtitel**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll  
StF: BGBl. III Nr. 76/2012 (NR: GP XXIV RV 1411 AB 1454 S. 124. BR: AB 8587 S. 801.)

### **Änderung**

BGBl. III Nr. 96/2021 (NR: GP XXVII RV 54 AB 244 S. 43. BR: AB 10370 S. 910.)

### **Sonstige Textteile**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

### **Ratifikationstext**

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 3. April 2012 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. Juli 2012 in Kraft.

### **Präambel/Promulgationsklausel**

Die Republik Österreich und die Republik Tadschikistan, geleitet von dem Wunsche, die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu entwickeln und zu verbessern, haben beschlossen das folgende Abkommen abzuschließen und haben Folgendes vereinbart:

### **Text**

#### **Artikel 1**

#### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

#### **Artikel 2**

#### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
  - ii) die Körperschaftsteuer;
  - iii) die Grundsteuer;
  - iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
  - v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- (im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet);

b) in Tadschikistan:

- i) die Steuer der natürlichen Personen (Steuer vom Einkommen einer natürlichen Person);
  - ii) die Steuer auf den Gewinn einer juristischen Person;
  - iii) die Steuer auf unbewegliches Vermögen;
- (im Folgenden als „tadschikische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Tadschikistan;
- b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
- c) bedeutet der Ausdruck „Tadschikistan“ die Republik Tadschikistan und umfasst, im geographischem Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet, die Binnengewässer und den Luftraum darüber, über die die Republik Tadschikistan Hoheitsrechte und Rechtsprechung, einschließlich dem Recht auf Erforschung des Untergrundes und der Bodenschätze, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt und wo die Gesetze der Republik Tadschikistan anzuwenden sind;
- d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
  - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
  - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- j) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
  - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - ii) in Tadschikistan das Ministerium für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- k) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen

gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

#### Artikel 4

#### ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

#### BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

### Artikel 6

#### EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

### Artikel 7

#### UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt

Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

### Artikel 8

#### Internationaler Verkehr

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

### Artikel 9

#### VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

### Artikel 10

#### DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 15 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### ZINSEN

(1) Zinsen die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 8 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in welchem der Empfänger ansässig ist, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen in diesem Staat ansässig ist und:

- a) dieser Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Gebietskörperschaften ist;
- b) wenn die Zinsen vom Staat, aus dem die Zinsen stammen, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften öffentlichen Rechts gezahlt werden;
- c) wenn die Zinsen für ein Darlehen, eine Forderung oder einen Kredit gezahlt werden, die der Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Exportfinanzierungsagenturen schuldet oder von diesen eingegangen, gewährt, garantiert oder besichert wurden;
- d) ein Kreditinstitut ist;
- e) wenn die Zinsen für eine Schuld gezahlt werden, die Folge des Verkaufs auf Kredit von Ausrüstungen, Waren oder Dienstleistungen ist.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit

durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 12

#### LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 8 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Aufnahmen für die Ausstrahlung im Radio oder Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich

derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### **Artikel 14**

##### **EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

#### **Artikel 15**

##### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

#### **Artikel 16**

##### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.



**Artikel 17**  
**RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

**Artikel 18**  
**ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

**Artikel 19**  
**STUDENTEN**

- (1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.
- (2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

**Artikel 20**  
**HOCHSCHULLEHRER UND FORSCHER**

- (1) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrer Einreise in den anderen Vertragsstaat ansässig war und die sich auf Einladung einer Universität, eines Colleges, einer Schule oder einer ähnlichen Bildungseinrichtung, die durch die Regierung des anderen Staates anerkannt ist, im anderen Staat nicht länger als 2 Jahre seit der ersten Einreise in den anderen Vertragsstaat aufhält, um an einer solchen Bildungseinrichtung ausschließlich eine Lehr- oder Forschungstätigkeit oder beides auszuüben, ist von der Besteuerung in bezug auf Vergütungen für diese Tätigkeit im anderen Staat ausgenommen.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Einkünfte aus der Forschung, wenn diese Forschung nicht im öffentlichen Interesse sondern zum wirtschaftlichen Vorteil einer bestimmten Person oder bestimmter Personen erfolgt.

### Artikel 21

#### ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

### Artikel 22

#### VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

### Artikel 23

#### VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Tadschikistan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis d diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Tadschikistan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Tadschikistan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Tadschikistan bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a, die von einer in Tadschikistan ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- e) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Tadschikistan dieses Abkommen so anwendet, dass Tadschikistan diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 11 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In Tadschikistan:

- a) Bezieht eine in Tadschikistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Tadschikistan:
- i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
  - ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.
- Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte oder das Vermögen, das in Österreich besteuert werden kann, entfällt.
- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Tadschikistan ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Tadschikistan auszunehmen sind, können gleichwohl in Tadschikistan bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

#### Artikel 24

#### GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

#### Artikel 25

#### VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten,

dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

### Artikel 26

#### INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

### Artikel 27

## MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

### Artikel 28

## IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

### Artikel 29

## KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es, nach einem Zeitraum von fünf Jahren seit Anwendbarkeit der Bestimmungen des Abkommens, am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuern der Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. Juni 2011, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, tadschikischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

### 1. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

### 2. Zu Artikel 21 Absatz 3

- a) Zu den Vergütungen im Sinne des Absatzes 3 gehören auch Vergütungen für einen Schaden, der als Folge von Straftaten, Impfungen oder ähnlichen Gründen entstanden ist.
- b) Die in dieser Bestimmung angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Pro-gressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

### 3. Zu Artikel 26

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;

- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
  - c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
  - d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
  - e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
  - f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.
- (ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen („fishing expeditions“).
- (iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.
- (iv) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD, einschließlich der vom OECD-Sekretariat erstellten technischen Note zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die diesem Protokoll als Anhang beigefügt ist, abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

#### 4. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge<sup>1</sup> vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. Juni 2011, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, tadschikischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 40/1980.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2021

Ausgegeben am 18. Juni 2021

Teil III

---

**96. Protokoll zur Abänderung des Protokolls zum am 7. Juni 2011 in Wien unterzeichneten Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**  
(NR: GP XXVII RV 54 AB 244 S. 43. BR: AB 10370 S. 910.)

---

### 96.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

**Protokoll zur Abänderung des Protokolls zum am 7. Juni 2011 in Wien unterzeichneten Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

[Protokoll in deutscher Sprachfassung siehe Anlagen]

[Protokoll in englischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Protokoll in tadschikischer Sprachfassung siehe Anlagen]

Das Abänderungsprotokoll ist gemäß seinem Art. 2 mit 26. Mai 2021 in Kraft getreten.

**Kurz**

**PROTOKOLL ZUR ABÄNDERUNG DES PROTOKOLLS ZUM AM 7. JUNI 2011 IN WIEN UNTERZEICHNETEN ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK TADSCHIKISTAN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und die Republik Tadschikistan,

Von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Abänderung des Protokolls zum am 7. Juni 2011 zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen<sup>1</sup> (im Folgenden "Abkommen" genannt) abzuschließen,

Sind wie folgt übereingekommen:

---

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBl. III Nr. 76/2012.



## **Artikel 1**

Absatz 3 Unterabsatz (i) e) des Protokolls zum Abkommen wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

"e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;"

## **Artikel 2**

Die Vertragsparteien teilen einander schriftlich den Abschluss der nach ihren Gesetzen für das Inkrafttreten des Protokolls notwendigen Maßnahmen mit. Das Protokoll tritt zum Zeitpunkt der späteren dieser Mitteilungen in Kraft.

## **Artikel 3**

Das Protokoll, das einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet, bleibt solange in Kraft, solange das Abkommen in Kraft bleibt, und findet solange Anwendung, solange das Abkommen anwendbar ist, außer die Vertragsparteien vereinbaren etwas anderes.

ZU URKUND DESSEN, haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Dushanbe, am 13. März 2013, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, tadschikischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

**Reinhold Lopatka**

Für die Republik Tadschikistan:

**Safarali Najmiddinov**

## Протокол

оид ба ворид намудани тағиротҳо ба Конвенсияи байни  
Ҷумҳуриҳои Австрия ва Тоҷикистон оиди канорагирӣ аз  
андозбандии дукарата ва ҷилавгирӣ аз пешгирӣ намудани  
саркашӣ аз супоридани андозҳо аз даромад ва сармоя,  
7 юни соли 2011 дар ш. Вена ба имзо расонида шуд.

Ҷумҳурии Австрия ва Ҷумҳурии Тоҷикистон

Меҳоҳанд Протокол оид ба даровардани тағирот ба протоколи конвенсияи миёни  
Ҷумҳуриҳои Австрия ва Тоҷикистон оиди канорагирӣ аз андозбандии дукарата ва  
пешгирӣ намудани саркашӣ аз супоридани андозҳо аз даромад ва сармоя-и 7 юни соли  
2011 ба имзо расонида шуда (минбаъд ҳамчун "Конвенсия" ном бурда мешавад) ба имзо  
расонанд, оид ба бандҳои дар поён овардашуда розигӣ ҳосил кардан:

### Моддаи 1

Зербанди (i) е) банди 3 Протоколи Конвенсия истисно карда шуда, бо зербанди дар  
поён оварда шуда иваз карда шавад:

"е) дар ҳаҷми маълум, ном ва суроғаи дилхоҳ намояндаи соҳиб ба маълумоти лозима;"

### Моддаи 2

Ҳарду ҷониби Давлатҳои аҳдкунанда бояд ҳамдигарро бо таври хаттӣ оид ба анҷом  
расонидани маросимҳои лозима аз ҷониб қонунгузориҳои худ барои ҷорӣ кардани  
Протоколи мазкур огоҳ кунанд. Протоколи мазкур аз рӯзи гирифтани огоҳиномаи  
охирин эътибор пайдо мекунад.

### Моддаи 3

Протоколи мазкур як қисми ҷудоинопазири Конвенсия ба шумор рафта то даме, ки  
Конвенсия эътибор дорад ва инчунин то даме, ки дигар қарори тарафайн қабул  
намегардад Конвенсияи мазкур мавриди истифода қарор дода мешавад.

Барои тасдиқи ҳамин, намояндагони ҳарду Давлатҳои Аҳдкунанда, ки барои ин ваколат доранд, Протоколи мазкурро ба имзо расониданд.

Протокол дар се нусха дар тарихи 13 марти соли 2013 бо забонҳои олмонӣ, тоҷикӣ ва англисӣ ба таъбъ расида, ҳар як матн яхкел эътибор дорад. Ҳангоми рӯй додани ихтилоф дар матнҳо бартаъри ба матни англисӣ дода мешавад.

Аз ҷониби Ҷумҳурии Австрия

**Reinhold Lopatka**

Аз ҷониби Ҷумҳурии Тоҷикистон

**Safarali Najmiddinov**

**PROTOCOL AMENDING THE PROTOCOL TO THE CONVENTION BETWEEN THE  
REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TAJIKISTAN FOR THE AVOIDANCE  
OF DOUBLE TAXATION AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION WITH  
RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL, SIGNED AT VIENNA ON 7 JUNE  
2011**

The Republic of Austria and the Republic of Tajikistan,

Desiring to conclude a Protocol to amend the Protocol to the Convention between the Republic of Austria and the Republic of Tajikistan for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital (hereinafter referred to as "the Convention"), signed on 7 June 2011,

Have agreed as follows:

## Article 1

Subparagraph (i) e) of paragraph 3 of the Protocol to the Convention is deleted and replaced by the following:

"e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;"

## Article 2

Each of the Contracting States shall notify the other in writing of the completion of the procedures required by its law for the bringing into force of this Protocol. This Protocol shall enter into force on the date of the later of these notifications.

## Article 3

This Protocol, which shall form an integral part of the Convention, shall remain in force as long as the Convention remains in force and shall apply as long as the Convention itself is applicable unless otherwise agreed by the Contracting States.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorized thereto, have signed this Protocol.

Done in duplicate at Dushanbe, on the 13<sup>th</sup> day of March 2013, in the German, Tajik and English languages, all texts being equally authentic. In case of any divergence between the texts, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

**Reinhold Lopatka**

For the Republic of Tajikistan:

**Safarali Najmiddinov**

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2012

Ausgegeben am 23. April 2012

Teil III

---

**76. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll**  
(NR: GP XXIV RV 1411 AB 1454 S. 124. BR: AB 8587 S. 801.)

---

### 76.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

**Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll**

[Vertragstext in deutscher Sprachfassung siehe Anlagen]

[Vertragstext in tadschikischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Vertragstext in englischer Sprachfassung siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 3. April 2012 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. Juli 2012 in Kraft.

**Faymann**

**ABKOMMEN  
ZWISCHEN  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND  
DER REPUBLIK TADSCHIKISTAN  
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung UND ZUR  
VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG  
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN  
UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und die Republik Tadschikistan, geleitet von dem Wunsche, die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu entwickeln und zu verbessern, haben beschlossen das folgende Abkommen abzuschließen und haben Folgendes vereinbart:

## Artikel 1

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

## Artikel 2

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
  - ii) die Körperschaftsteuer;
  - iii) die Grundsteuer;
  - iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
  - v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- (im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet);

b) in Tadschikistan:

- i) die Steuer der natürlichen Personen (Steuer vom Einkommen einer natürlichen Person);
  - ii) die Steuer auf den Gewinn einer juristischen Person;
  - iii) die Steuer auf unbewegliches Vermögen;
- (im Folgenden als „tadschikische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.



### Artikel 3

#### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Tadschikistan;
- b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
- c) bedeutet der Ausdruck „Tadschikistan“ die Republik Tadschikistan und umfasst, im geographischem Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet, die Binnengewässer und den Luftraum darüber, über die die Republik Tadschikistan Hoheitsrechte und Rechtsprechung, einschließlich dem Recht auf Erforschung des Untergrundes und der Bodenschätze, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt und wo die Gesetze der Republik Tadschikistan anzuwenden sind;
- d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
  - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
  - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- j) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
  - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - ii) in Tadschikistan das Ministerium für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- k) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat

anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

#### Artikel 4

### **ANSÄSSIGE PERSON**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

### **BETRIEBSTÄTTE**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,

- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

## Artikel 6

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

## Artikel 7

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### **Internationaler Verkehr**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## Artikel 9

### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten

Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10

### **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 15 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### ZINSEN

(1) Zinsen die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 8 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in welchem der Empfänger ansässig ist, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen in diesem Staat ansässig ist und:

- a) dieser Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Gebietskörperschaften ist;
- b) wenn die Zinsen vom Staat, aus dem die Zinsen stammen, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften öffentlichen Rechts gezahlt werden;
- c) wenn die Zinsen für ein Darlehen, eine Forderung oder einen Kredit gezahlt werden, die der Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Exportfinanzierungsagenturen schuldet oder von diesen eingegangen, gewährt, garantiert oder besichert wurden;
- d) ein Kreditinstitut ist;
- e) wenn die Zinsen für eine Schuld gezahlt werden, die Folge des Verkaufs auf Kredit von Ausrüstungen, Waren oder Dienstleistungen ist.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### **LIZENZGEBÜHREN**

(1) Lizenzgebühren die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 8 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Aufnahmen für die Austrahlung im Radio oder Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.



### Artikel 13

#### **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

### Artikel 14

#### **EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15**AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16**KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17**RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 18

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

## Artikel 19

### **STUDENTEN**

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

## Artikel 20

### **HOCHSCHULLEHRER UND FORSCHER**

(1) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrer Einreise in den anderen Vertragsstaat ansässig war und die sich auf Einladung einer Universität, eines Colleges, einer Schule oder einer ähnlichen Bildungseinrichtung, die durch die Regierung des anderen Staates anerkannt ist, im anderen Staat nicht länger als 2 Jahre seit der ersten Einreise in den anderen Vertragsstaat aufhält, um an einer solchen Bildungseinrichtung ausschließlich eine Lehr- oder Forschungstätigkeit oder beides auszuüben, ist von der Besteuerung in bezug auf Vergütungen für diese Tätigkeit im anderen Staat ausgenommen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Einkünfte aus der Forschung, wenn diese Forschung nicht im öffentlichen Interesse sondern zum wirtschaftlichen Vorteil einer bestimmten Person oder bestimmter Personen erfolgt.

## Artikel 21

### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

## Artikel 22

### **VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

### Artikel 23

#### **VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung**

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Tadschikistan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis d diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Tadschikistan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Tadschikistan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Tadschikistan bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a, die von einer in Tadschikistan ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- e) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Tadschikistan dieses Abkommen so anwendet, dass Tadschikistan diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 11 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In Tadschikistan:

- a) Bezieht eine in Tadschikistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Tadschikistan:
  - i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

- ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte oder das Vermögen, das in Österreich besteuert werden kann, entfällt.

- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Tadschikistan ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Tadschikistan auszunehmen sind, können gleichwohl in Tadschikistan bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

#### Artikel 24

### **GLEICHBEHANDLUNG**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder

damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

#### Artikel 25

### **VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

#### Artikel 26

### **INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln

hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

- (3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat:
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
  - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
  - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

#### Artikel 27

### **MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

#### Artikel 28

### **IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.



Artikel 29**KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es, nach einem Zeitraum von fünf Jahren seit Anwendbarkeit der Bestimmungen des Abkommens, am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuern der Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. Juni 2011, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, tadschikischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Für die Republik Tadschikistan:

Andreas Schieder m.p.

Safarali Najmuddinov m.p.

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und der Republik Tadschikistan abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

## 1. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

## 2. Zu Artikel 21 Absatz 3

- a) Zu den Vergütungen im Sinne des Absatzes 3 gehören auch Vergütungen für einen Schaden, der als Folge von Straftaten, Impfungen oder ähnlichen Gründen entstanden ist.
- b) Die in dieser Bestimmung angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

## 3. Zu Artikel 26

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen („fishing expeditions“).

(iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

(iv) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD, einschließlich der vom OECD-Sekretariat erstellten technischen Note zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die diesem Protokoll als Anhang beigefügt ist, abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

#### 4. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge<sup>1</sup> vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. Juni 2011, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, tadschikischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Für die Republik Tadschikistan:

Andreas Schieder m.p.

Safarali Najmuddinov m.p.

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBI. Nr. 40/1980.

# **К О Н В Е Н С И Я**

**байни  
Ҷумҳурии Австрия  
ва**

**Ҷумҳурии Тоҷикистон**

**оид ба**

**канорагирӣ аз андозбандии  
дукарата ва пешгирӣ намудани саркашӣ  
аз супоридани андозҳо аз даромад ва сармоя**

Ҷумҳурии Австрия ва Ҷумҳурии Тоҷикистон бо хоҳиши густариш ва таҳкими ҳамкориҳои иқтисодӣ, илмию техникӣ ва фарҳангии байни ҳарду Давлатҳо қарор доданд, ки Конвенсияи мазкурро ба имзо расонида, ба мувофиқати зерин расиданд:

## Моддаи 1

### Ашхосе, ки нисбати онҳо ин Конвенсия истифода бурда мешавад

Конвенсияи мазкур нисбати он шахсоне истифода бурда мешавад, ки резиденти як ё ҳарду Давлати Аҳдкунанда мебошанд.

## Моддаи 2

### Андозҳое, ки нисбати онҳо Конвенсия татбиқ мегардад

1. Конвенсияи мазкур нисбат ба андозҳо аз даромад ва сармояе, ки аз номи яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда ё воҳидҳои маъмурию ҳудудӣ ё мақомоти ҳокимияти маҳаллӣ, сарфи назар аз шакли ситонидани онҳо, ситонида мешаванд, татбиқ карда мешавад.

2. Андозҳо аз даромад ҳамаи андозҳое ҳисобида мешаванд, ки аз маблағи умумии даромад, маблағи умумии сармоя ё аз қисмҳои алоҳидаи ин унсурҳо, аз Ҷумла андоз аз даромади бегона кардани амволи манқул ва ғайриманқул, андозҳо аз маблағи умумии музди меҳнат ва подош, ки корхонаҳо мепардозанд, инчунин андозҳои даромад аз болоравии арзиши сармоя ситонида мешаванд.

3. Ба андозҳои амалкунандае, ки амали Конвенсия татбиқ мегардад, аз Ҷумла инҳо мансубанд:

а) дар Австрия:

- (i) андози даромад;
- (ii) андози корпоративӣ;
- (iii) андози замин;
- (iv) андоз аз корхонаҳои кишоварзӣ васоҳаи Ҷангал;
- (v) андоз аз арзиши қитъаҳои азхуднашудаи сохтмонӣ (ки минбаъд андозҳои Австрия номида мешаванд);

б) дар Ҷумҳурии Тоҷикистон:

- (i) андози даромад аз шахсони воқеӣ (андоз аз даромади шахсони воқеӣ);
- (ii) андоз аз фоидаи шахсони ҳуқуқӣ;
- (iii) андоз аз амволи ғайриманқул (ки минбаъд "андозҳои Тоҷикистон" номида мешаванд).

4. Конвенсия ҳамчунин нисбати ҳама гуна андозҳои ба ин монанд ва аз рӯи хислаташон яхелае, ки баъди санаи ба имзо расидани Конвенсияи

мазкур ба иловаи андозҳои мавҷуда ё ки бар ивази онҳо ситонида мешаванд, мавриди татбиқ қарор мегирад. Мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда якдигарро аз ҳар гуна тағйироти назаррасе, ки ба қонунгузориҳои андозии онҳо ворид карда мешаванд, огоҳ месозанд.

### Моддаи 3

#### Мафҳумҳои умумӣ

1. Барои мақсадҳои Конвенсияи мазкур ба Ҷуз дар мавриде, ки матн маъноӣ дигарро надихад:

а) истилоҳи “Давлати Аҳдкунанда” ва “Давлати дигари “Аҳдкунанда” вобаста ба матн маъноӣ Австрия ё Тоҷикистонро дорад;

б) истилоҳи “Австрия” маъноӣ Ҷумҳурии Австрияро дорад;

с) истилоҳи “Тоҷикистон” маъноӣ Ҷумҳурии Тоҷикистон ва ҳангоми истифодабарӣ ба маъноӣ Ҷуғрофӣ қаламрав, обҳои дохилӣ, фазои онро дорад, ки Ҷумҳурии Тоҷикистон дар он метавонад ҳуқуқҳои мустақил ва доираи ҳуқуқҳо, аз Ҷумла ҳуқуқи истифодаи қабри замин ва захираҳои табииро мутобиқи меъёрҳои ҳуқуқи байналмилалӣ амалӣ намояд ва дар он қонунгузориҳои Ҷумҳурии Тоҷикистон амал мекунад;

д) истилоҳи “шахс” маъноӣ шахси воқеӣ, ширкат ва ҳар кадом дигар иттиҳодияи шахсонро дорад;

е) истилоҳи “ширкат” маъноӣ ҳама гуна муассисаи корпоративӣ ё ҳар гуна иттиҳодро дорад, ки барои мақсадҳои андозбандӣ ҳамчун муассисаи корпоративӣ доништа мешавад;

ф) истилоҳи “корхона” нисбати амалӣ гардонидани ҳама гуна фаъолияти соҳибкорӣ истифода мегардад;

г) мафҳумҳои “корхонаи Давлати Аҳдкунанда” ва “корхонаи Давлати дигари Аҳдкунанда» мутобиқан маъноӣ корхонае, ки резиденти як Давлати Аҳдкунанда идора менамояд ва корхонаеро дорад, ки резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда идора мекунад;

ҳ) истилоҳи “ҳамлу нақли байналхалқӣ” маъноӣ ҳама гуна боркашонихоро тавассути киштӣ ё тайёра дорад, ки корхонае истифода мебарад, ки маҳалли идоракунии аслии он Давлати Аҳдкунанда мебошад,

ба ғайр аз он ҳолатҳое, ки киштӣ ё тайёра танҳо байни маҳалҳои дар қаламрави Давлати дигари Аҳдкунанда қарордошта истифода мегардад;

i) истилоҳи “шахси миллӣ” маъноӣ:

(i) ҳар шахси воқеие, ки шаҳрвандии Давлати Аҳдкунандаро дорад;

(ii) ҳар шахси ҳуқуқӣ, ширкат ё ассотсиятсияро дорад, ки мувофиқи қонунгузориҳои Ҷорӣи Давлати Аҳдкунанда ин мақоми худро гирифтааст;

j) истилоҳи “мақомоти салоҳиятдор”:

(i) дар мавриди Австрия – Вазири федералии молия ё намоёндаи ваколатдори он;

(ii) дар мавриди Тоҷикистон – маъноӣ Вазорати молия ва ё намоёндаи ваколатдори онро дорад;

k) истилоҳи “фаъолияти соҳибкорӣ” хизматрасонии касбӣ ва анҷоми фаъолияти дигари дорои хусусияти мустақилро дар бар мегирад.

2. Дар ҳар мавриди истифодаи Конвенсияи мазкур аз Ҷониби Давлати Аҳдкунанда, ҳар истилоҳе, ки дар он муайян нашудааст, агар дар ин матн мазмуни дигар нагирад, бояд ҳамон мазмунро дошта бошад, ки қонунгузориҳои ҳамин Давлат нисбати андозҳои муқаррар намудааст, ки ин Конвенсия нисбати онҳо татбиқ мешавад. Ҳар маъно тибқи қонунгузориҳои андози ҳамин Давлат нисбат ба маъноӣ ҳамин истилоҳ дар дигар соҳаҳои қонунгузориҳои ҳамин Давлат бартарӣ дорад.

## **Моддаи 4**

### **Резидент**

1. Барои мақсадҳои Конвенсияи мазкур истилоҳи “резиденти Давлати Аҳдкунанда” маъноӣ ҳар шахсро дорад, ки мувофиқи қонунгузориҳои ин Давлат дар он дар асоси маҳалли истиқомат, маҳалли доимии бӯдо бош, маҳалли идоракунӣ, маҳалли Ҷойгиршавии мақоми роҳбариқунанда ё дигар меъёрҳои ҳамин хусусиятро дошта бояд мавриди андозбандӣ қарор гирад, инчунин ин Давлат ва ҳар воҳиди маъмурию ҳудудӣ ё мақомоти маҳаллии ҳокимиятро дар бар мегирад. Вале ин истилоҳ ҳар шахсро, ки бояд дар ин Давлат танҳо аз рӯи даромад аз манбаъҳои дар ин Давлат ба даст овардааш ё аз рӯи сармояи дар он Давлат доштааш андозбандӣ гардад, дар бар намегирад.

2. Дар ҳолате, ки мувофиқи муқаррароти банди 1 ин модда шахси воқеӣ резиденти ҳарду Давлати Аҳдкунанда бошад, мақоми вай ба тариқи зайл муайян карда мешавад:

а) шахс резиденти танҳо ҳамон Давлате ҳисобида мешавад, ки дар он маҳалли истиқомати доимӣ дорад; агар вай дар ҳарду Давлат маҳалли истиқомати доимӣ дошта бошад, пас вай резиденти ҳамон Давлате доништа мешавад, ки ӯ дар он Ҷо робитаҳои нисбатан зичи шахсӣ ва иқтисодӣ (маркази манфиати ҳаётӣ) дошта бошад;

б) агар Давлатеро, ки шахс дар он маркази манфиати ҳаётӣ дорад, муайян кардан ғайриимкон бошад, ё ки вай дар ҳеҷ яке аз ин Давлатҳо маҳалли истиқомати доимӣ ва барояш дастрас надошта бошад, пас вай резиденти ҳамон Давлате ҳисобида мешавад, ки одатан дар он истиқомат мекунад;

с) агар вай маъмулан дар ҳарду Давлат истиқомат кунад, ё ки дар ҳеҷ яке аз ин Давлатҳо истиқомат накунад, он гоҳ ӯ резиденти ҳамон Давлате ҳисобида мешавад, ки шахси миллии он мебошад;

д) агар вай шахси миллии ҳарду Давлат бошад, ё шахси миллии ҳеҷ яке аз онҳо набошад, он гоҳ мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда кӯшиш мекунанд, ки масъаларо бо розигии ҳамдигар ҳал намоянд.

3. Агар шахс тибқи муқаррароти банди 1 ин модда шахси воқеӣ набуда, резиденти ҳарду Давлати Аҳдкунанда бошад, пас вай танҳо резиденти ҳамон Давлате ҳисобида мешавад, ки мақоми воқеии идоракунии он дар он Ҷо қарор дорад.

## **Моддаи 5**

### **Муассисаи доимӣ**

1. Барои мақсадҳои Созишномаи мазкур истилоҳи «муассисаи доимӣ» маънои маҳалли доимии фаъолиятро дорад, ки тавассути он фаъолияти соҳибқори корхона пурра ё қисман ба амал бароварда мешавад.

2. Истилоҳи "муассисаи доимӣ" аз Ҷумла инҳоро дар бар мегирад:

а) маҳалли идоракунӣ;

б) шўъба;



c) идора;

d) фабрика;

e) устохона;

f) кон, чохи нафт ё газ, кон ё маҳалли дигари истихроҷи захираҳои табиӣ .

3. Майдончаи сохтмонӣ ё объекти насб ё васлшаванда танҳо дар он ҳолат намояндагии доимиро ташаккул медиҳанд, ки бештар аз 12 моҳ вуҷуд дошта бошанд.

4. Сарфи назар аз муқаррароти қаблии ин модда истилоҳи «муассисаи доимӣ» ҳамчун дарбаргирандаи инҳо баррасӣ намегардад:

a) истифодабарии иншоот танҳо ба мақсади нигоҳдорӣ, намоиш ё содироти мол ё маснуоти ба корхона тааллуқдошта;

b) нигоҳдории захираҳои мол ё маснуоти ба корхона тааллуқдошта танҳо ба мақсади нигоҳдорӣ, намоиш ё содирот;

c) нигоҳдории захираҳои мол ё маснуоти ба корхона тааллуқдошта танҳо ба мақсади коркарди онҳо аз тарафи дигар корхона;

d) нигоҳдории маҳалли фаъолияти доимӣ танҳо ба мақсади хариди мол ё маснуот ва ё Ҷамъоварии маълумот барои корхона;

e) нигоҳдории маҳалли фаъолияти доимӣ танҳо ба мақсади амалӣ сохтани ҳар фаъолияти дигари хислати тадорукот ё кўмакрасонӣ дошта барои ҳамин корхона;

f) нигоҳдории маҳалли фаъолияти доимӣ танҳо барои амалӣ намудани ҳар комбинатсияи намудҳои фаъолияти дар зербандҳои аз а) то е) номбаршуда, ба шарте ки маҷмӯи фаъолияти маҳалли фаъолияти доимӣ, ки дар натиҷаи чунин комбинатсия ба миён омадааст, хусусияти тадорукотӣ ё кўмакрасон дошта бошад.

5. Сарфи назар аз муқаррароти бандҳои 1 ва 2, агар шахси дигар – на агенти ҳуқуқи мустақилонадошта, ки нисбати вай дар банди 6 ҳамин модда гуфта мешавад, аз номи корхона амал карда, дар Давлати Аҳдкунанда ваколати бастанӣ қарордодхоро аз номи корхона дошта бошад, пас корхонаи мазкур нисбати ҳама гуна фаъолияти, ки ин шахс барои корхона анҷом медиҳад, ба истиснои ҳолатҳои, ки агар фаъолияти

чунин шахс бо фаъолияти дар банди 4 зикргардида маҳдуд карда шуда бошад, ва ин фаъолият агар таввасути маҳалли фаъолияти доимӣ амалӣ гардад ҳам, вале мувофиқи муқаррароти ин банд ин маҳалли фаъолияти доимиро ба муассисаи доимӣ табдил насозад, ҳамчун корхонаи дорои муассисаи доимӣ дар ҳамин Давлат доништа мешавад.

6. Корхонаи Давлати Аҳдкунанда ҳамчун корхонаи дорои муассисаи доимӣ дар Давлати дигари Аҳдкунанда танҳо ба он хотир ҳисобида намешавад, ки вай фаъолияти соҳибкориро дар ҳамин Давлат таввасути брокер, агенти комисионӣ ё агенти дигари мақоми мустақилдошта анЧом медиҳад, ба шарте ки чунин ашхос дар доираи фаъолияти маъмулии соҳибкории худ амал кунанд.

7. Далели он, ки ширкате, ки резиденти Давлати Аҳдкунанда буда, ширкати резиденти Давлати дигари Аҳдкунандаро назорат мекунад ё таҳти назорати он қарор мегирад ё ки фаъолияти соҳибкориро дар ҳамон Давлати дигар (таввасути муассисаи доимӣ ё ба тариқи дигар) амалӣ месозад, яке аз ин ширкатҳоро ба муассисаи доимии ширкати дигар табдил намедиҳад.

## **Моддаи 6**

### **Даромад аз амволи ғайриманқул**

1. Даромади бадастовардаи резиденти Давлатҳои Аҳдкунанда аз амволи ғайриманқул (аз Ҷумла даромад аз кишоварзӣ ва хоҶагии Ҷангал), ки дар Давлати дигари Аҳдкунанда қарор дорад, метавонад дар Давлати дигар мавриди андозбандӣ қарор гирад.

2. Истилоҳи "амволи ғайриманқул" ҳамон маъноеро дорад, ки мувофиқи қонунгузориҳои Давлати Аҳдкунанда, ки амволи мавриди баррасӣ дар қаламрави он Ҷойгир аст, дорад. Ин истилоҳ дар ҳама ҳолат амволи нисбати амволи ғайриманқул ёрирасон, чорво ва таҶҳизоти дар кишоварзӣ ва хоҶагии Ҷангал истифодашаванда, ҳуқуққое, ки нисбати онҳо муқаррароти ҳуқуқи умумӣ дар мавриди моликияти замин истифода мешаванд, узуфрукти амволи ғайриманқул ва ҳуқуқ ба пардохтҳои тағйирёбанда ва танзимшавандаи ба сифати Ҷубронпулӣ барои коркард ё ҳуқуқи коркарди захираҳои табиӣ, манъбаҳо ва дигар канданиҳои табиӣ пардохтшавандаро дар бар мегирад. Киштиҳои бахрӣ ва тайёраҳо ба сифати амволи ғайриманқул доништа намешаванд.

3. Муқаррароти банди 1 ҳамчунин нисбати даромади аз истифодаи мустақими амволи ғайриманкул, ба иҶора додан ё истифодаи амволи ғайриманкул дар ҳар шакли дигар бадастомада татбиқ карда мешавад.

4. Муқаррароти бандҳои 1 ва 3 инчунин нисбат ба даромад аз амволи ғайриманкули корхона татбиқ мегарданд.

## Моддаи 7

### Ҷоида аз ҷаъолияти тиҶоратӣ

1. Ҷоидаи корхонаи Давлати Аҳдкунанда танҳо дар ҳамин Давлат андозбандӣ мешавад, агар чунин корхона дар Давлати дигари Аҳдкунанда ҷаъолияти тиҶоратиро аз тариқи муассисаи доимии дар он Ҷо қарордошта амалӣ насозад. Агар корхона ҷаъолияти тиҶоратиро таври дар боло зикргардида амалӣ созад, ҷоидаи корхона метавонад дар Давлати дигар андозситонӣ шавад, лекин танҳо дар он қисмате, ки ба ин муассисаи доимӣ тааллуқ дорад.

2. Бо дарназардошти муқаррароти банди 3, агар корхонаи Давлати Аҳдкунанда ҷаъолияти тиҶоратиро дар Давлати дигари Аҳдкунанда аз тариқи муассисаи доимии дар он Ҷо қарордошта амалӣ созад, пас дар ҳар кадом Давлати Аҳдкунанда ба чунин муассисаи доимӣ ҷоидае мансуб мегардад, ки вай метавонист ба даст оварад, агар он корхонаи мустақил ё Ҷудоғона буда, бо айнан ҳамон ҷаъолият ё ҷаъолияти шабеҳ дар ҳамон хел шароит ё шароити шабеҳи он машғул шуда, аз корхонае, ки муассисаи доимии он мебошад, комилан мустақилона амал мекард.

3. Ҳангоми муайян кардани ҷоидаи муассисаи доимӣ тарҳ кардани хароҷоти барои мақсадҳои муассисаи доимӣ сарфшуда, аз Ҷумла хароҷоти идоравӣ ва умумии маъмурӣ, сарфи назар аз он, ки ин хароҷот дар Давлати Аҳдкунандае, ки он Ҷо муассисаи доимӣ қарор дорад, сарф шудааст ё дар ҳар Ҷои дигар, иҶозат дода мешавад.

4. Агар дар Давлати Аҳдкунанда муайян намудани ҷоидаи мансуб ба муассисаи доимӣ дар асоси тақсимои мутаносиби маблағи умумии ҷоидаи корхона байни сохторҳои гуногуни он таҶрибаи маъмулӣ бошад, пас ҳеҶ ҳолати дар банди 2 ҳамин модда буда ба Давлати Аҳдкунанда муайян намудани ҷоидаи андозбандишавандаро тавассути чунин тақсимои маъмулӣ манъ намекунад; вале усули интихоб намудани тақсимот бояд натиҷаҳои мувофиқ ба принципҳои дар ин модда Ҷойдоштаро диҳад.

5. ҲеЧ фоида танҳо дар асоси хариди мол ё маснуот аз тарафи муассисаи доимӣ барои корхона ба ин муассисаи доимӣ мансуб доништа намешавад.

6. Барои мақсадҳои бандҳои пешина фоидаи ба муассисаи доимӣ таалукдошта ҳар сол бо як усул муқаррар карда мешавад, ба шарте ки барои тағйир додани ин тартиб ягон хел асоси эътимоднок ва кофӣ вуҷуд надошта бошад.

7. Агар фоида намудҳои даромади дар моддаҳои дигари ин Конвенсия ба таври Ҷудогона зикргардидаро дар бар гирад, пас муқаррароти моддаҳои мазкур ба муқаррароти ин модда дахлат намекунад.

## **Моддаи 8**

### **Ҳамлу нақли байналмилалӣ**

1. Фоида аз истифодаи киштиҳо ё тайёраҳо дар ҳамлу нақли байналмилалӣ танҳо дар ҳамаи Давлати Аҳдкунанда андозбандӣ мешавад, ки маҳалли аслии идоракунии корхона дар он Ҷо қарор дорад.

2. Агар маҳалли идоракунии аслии корхонаи киштиронӣ дар киштӣ қарор дошта бошад, пас чунин ҳисоб меёбад, ки он дар ҳамаи Давлати Аҳдкунанда қарор дорад, ки дар он бандари бақайдгирии киштӣ воқеъ аст ва дар сурати набудани чунин бандари бақайдгирӣ – дар ҳамаи Давлати Аҳдкунандае, ки идоракунандаи киштӣ резиденти он мебошад.

3. Муқаррароти банди 1 ҳамин мода нисбати фоида аз иштирок дар пул, корхонаи муштарак ё ташкилоти байналмилалӣ оид ба истифодабарии воситаҳои нақлиёт мавриди истифода қарор мегирад.

## **Моддаи 9**

### **Корхонаҳои муттаҳидкардашуда**

1. Агар:

а) корхонаи Давлати Аҳдкунанда ба таври мустақим ё ғайримустақим дар идоракунии, назорат ва ё сармояи корхонаи Давлати дигари Аҳдкунанда ширкат наояд; ё

b) худи ҳамин ашхос ба таври мустақим ё ғайримустақим дар идоракунӣ, назорат ё сармояи корхонаи як Давлати Аҳдкунанда ва корхонаи Давлати дигари Аҳдкунанда иштирок намоянд,

ва дар ҳар кадом ҳолат байни ду корхона дар муносибатҳои тиҷоратӣ ва молиявӣ онҳо шароит муҳайё ё муқаррар карда шавад, ки аз муносибатҳои дар байни ду корхонаи мустақил вуҷуддошта фарқ кунад, пас ҳар гуна ғоидае, ки метавонист ба яке аз ин корхонаҳо ҳисоб карда шавад, вале бинобар мавҷуд будани чунин шароит гузаронида нашудааст, метавонад ба ғоидаи корхонаи мазкур дохил карда шуда, мутобиқан мавриди андозбандӣ қарор дода шавад.

2. Агар як Давлати Аҳдкунанда ғоидаеро, ки нисбати он корхонаи Давлати Аҳдкунандаи дигар барои он дар ҳамин Давлати дигар андозбандӣ шудааст, ба ғоидаи корхонаи ҳамин Давлат дохил карда, мутобиқан андозбандӣ кунад, ва ғоидаи бо ҳамин тариқ дохил кардашуда ғоидае бошад, ки ба корхонаи Давлати аввал зикршуда ҳисоб шуда метавонист, агар шароити байни ин ду корхона муқарраршуда ҳамон тавре бошанд, ки байни ду корхонаи мустақил мавҷуданд, пас ин Давлати дигар ба маблағи андози дар он аз ғоида гирифташуда тасхехоти дахлдор ворид менамояд. Ҳангоми муайян кардани чунин тасхехот ба таври бояду шояд дигар муқаррароти ин Созишнома ба инобат гирифта мешавад ва мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда дар ҳолатҳои зарурӣ бо ҳамдигар машварат мегузаронанд.

## **Моддаи 10**

### **Дивидендҳо**

1. Дивидендҳои, ки ширкати резиденти яке аз Давлати Аҳдкунанда ба резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда мепардозад, мумкин аст дар ҳамин дигар Давлат андозбандӣ шавад.

2. Вале чунин дивидендҳо мумкин аст инчунин дар он Давлати Аҳдкунанда андозбандӣ шаванд, ки резиденти он ширкате мебошад, ки дивидендҳоро мувофиқи қонунгузориҳои ҳамин Давлат мепардозад, аммо агар соҳиби воқеии дивидендҳои резиденти Давлати Аҳдкунанда бошад, пас андози ситонидашаванда набояд зиёда аз

а) 5 маҷмӯи маблағи дивидендҳо, агар соҳиби воқеӣ ширкате (на рафокат) бошад, ки камаш 15% сармояи ширкати пардохткунандаи дивидендҳоро соҳиб бошад;

b) 10% маблағи умумии дивидендҳо дар ҳамаи ҳолатҳои боқимонда.

Мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда бо мувофиқаи мутақобила усули истифодаи ин маҳдудиятро муқаррар менамоянд.

Ин банд ба андозбандии ширкат нисбат ба ғоидае, ки аз он дивидендҳо пардохта мешаванд, даҳлат надорад.

3. Истилоҳи "дивидендҳо" ҳангоми истифода дар ҳамин модда маънои даромад аз саҳмияҳо, саҳмияҳои «жуиссанс» ё ҳуқуқи «жуиссанс», саҳмияҳои саноати истихроҷи маъданҳои кӯҳӣ, саҳмияҳои муассисон ё дигар ҳуқуқҳо, ки ўҳдадорӣ қарзии барои иштирок дар тақсими ғоида ҳуқуқдиханда нестанд, инчунин даромад аз ҳуқуқҳои дигари корпоративиро дорад, ки ба монанди даромад аз саҳмияҳо тибқи қонунгузориҳои ҳамон Давлате, ки ширкати тақсимкунандаи ғоида резиденти он мебошад, бояд андозбандӣ гардад.

4. Муқаррароти бандҳои 1 ва 2 ҳамин модда дар мавридҳои истифода намешаванд, агар соҳиби воқеии дивидендҳо резиденти Давлати Аҳдкунанда буда, ғайрияти тиҷоратиро дар Давлати дигари Аҳдкунандае анҷом диҳад, ки дар он ширкате, ки дивиденд месупорад, ба воситаи муассисаи доимии дар он Ҷо қарордошта резидент мебошад ва холдинге, ки нисбати он дивиденд пардохта мешавад, воқеан ҳам бо муассисаи доимӣ алоқаманд бошад. Дар ин ҳолат муқаррароти моддаи 7 мавриди истифода қарор дода мешавад.

5. Агар ширкате, ки резиденти як Давлати Аҳдкунанда мебошад, дар Давлати дигари Аҳдкунанда ғоида ё даромад ба даст оварад, ин Давлати дигари Аҳдкунанда наметавонад аз дивидендҳои ин ширкат пардозанда андоз ситонад, ба истиснои он ҳолатҳои, ки чунин дивидендҳо ба резиденти ин Давлати дигари Аҳдкунанда пардохта шаванд, ё ки агар холдинге, ки ба он дивидендҳо пардохта мешаванд, воқеан ҳам ба муассисаи доимии дар ҳамин Давлати дигари Аҳдкунанда қарордошта мансуб бошад, инчунин аз даромади тақсимнашудаи ширкат андоз ситонида наметавонад, ҳатто агар дивидендҳои пардохташаванда ё ғоидаи тақсимнашуда пурра ё қисман аз даромад ё ғоидаи дар ҳамин Давлати Аҳдкунанда бадастомада иборат бошад.

## Моддаи 11

### Фоизҳо

1. Фоизҳое, ки дар яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда ба амал омада, ба резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда пардохта мешаванд, танҳо дар ҳамин Давлати дигари Аҳдкунанда андозбандӣ карда мешаванд.

2. Аммо чунин фоизҳо метавонанд инчунин дар Давлати Аҳдкунандае, ки дар он ҳосил шудаанд, мувофиқи қонунгузори ҳамин Давлат андозбандӣ шаванд, вале агар соҳиби воқеии ин фоизҳо резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда бошад, пас андози дар чунин ҳолат ситондашаванда набояд аз 8 фоизи маблағи умумии фоизҳо зиёдтар бошад.

Мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда бо мувофиқаи мутақобила усули истифодаи ин маҳдудиятро муқаррар менамоянд.

3. Сарфи назар аз муқаррароти банди 2, фоизҳои мансуб ба банди 1 бояд танҳо дар ҳамон Давлати Аҳдкунандае андозбандӣ шаванд, ки резиденти он гиранда мебошад, агар чунин гиранда соҳиби воқеии фоизҳои ин Давлат бошад, инчунин:

a) ҳамин Давлат, ё бонки марказӣ, воҳиди маъмурию ҳудудӣ ё мақоми маҳаллии ҳокимияти он бошад;

b) агар фоизҳо аз тарафи Давлате, ки фоизҳо дар он ба миён омадаанд, ё воҳиди маъмурию ҳудудӣ, мақоми маҳаллии ҳокимият ё мақоми қонунгузорӣ пардохта шаванд;

c) агар қарз ё ўҳдадории қарзӣ, ки аз рӯи он фоизҳо пардохта мешаванд, ба Давлат ё воҳиди маъмурию ҳудудӣ, мақоми маҳаллии ҳокимият ё муассисаи оид ба маблағгузори содиротӣ тааллуқ доранд ё аз Ҷониби онҳо ҳосил, таъмин, кафолат дода ё суғурта карда шудаанд;

d) ташкилоти молиявӣ бошад;

e) агар фоизҳо нисбати қарзе пардохта шаванд, ки дар натиҷаи ба насия фуруҳтани ҳар таҷҳизот, мол ё хизматрасонӣ ба миён омадааст.

4. Истилоҳи “фоизҳо” ҳангоми истифода дар ҳамин модда маънои даромад аз ҳар намуди ўҳдадориҳои қарзӣ, сарфи назар аз таъминот бо ипотека ва ҳуқуқи иштирок дар фоидаи қарздор, аз Ҷумла даромад аз қоғазҳои қиматноки ҳукуматӣ ва вомбаргҳо ё ўҳдадориҳои қарзӣ, аз Ҷумла муқофотҳо ва бурдҳои ин қоғазҳои қиматнок, вомбаргҳо ё

Ўхдадорихои қарзиро дорад. Барои мақсадҳои ин модда Ҷаримаҳо барои сари вақт анҶом надодани пардохтҳо ба сифати фоизҳо баррасӣ карда намешаванд.

5. Муқаррароти бандҳои 1 ва 2 дар ҳолате истифода бурда намешавад, ки агар соҳиби воқеии фоизҳо резиденти яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда буда, Ҷоратиҳо дар Давлати дигари Аҳдкунандае анҶом диҳад, ки дар он фоизҳо тавассути муассисаи доимии дар он Ҷо қарордошта ташкил меёбанд, ва ўхдадорихои қарзӣ, ки дар асоси онҳо фоизҳо пардохта мешаванд, ҳақиқатан ҳам ба чунин муассисаи доимӣ тааллуқ дошта бошанд. Дар чунин маврид муқаррароти моддаи 7 мавриди истифода қарор мегиранд.

6. Чунин ҳисобида мешавад, ки фоизҳо дар Давлати Аҳдкунанда ҳамон вақт ташаккул меёбанд, ки агар пардохткунанда резиденти ҳамин Давлат бошад. Вале агар шахси пардозандаи фоизҳо, сарфи назар аз он ки вай резиденти Давлати Аҳдкунанда ҳаст ё не, дар Давлати Аҳдкунанда муассисаи доимӣ дошта бошад ва вобаста ба ин қарзе пайдо шуда бошад, ки аз рӯи он фоизҳо пардохта мешаванд ва хароҷоти марбут ба пардохти ин фоизҳоро муассисаи доимӣ анҶом диҳад, пас чунин шуморида мешавад, ки фоизҳо дар ҳамон Давлате ташкил ёфтаанд, ки он Ҷо муассисаи доимӣ қарор дорад.

7. Агар дар ҳолати мавҷуд будани муносибатҳои махсус миёни пардохткунанда ва соҳиби воқеии фоизҳо, ё ки байни ҳардуи онҳо ва шахси дигари сеюм маблағи фоизҳои ба ўхдадорихои қарзӣ тааллуқдошта, ки дар асоси он пардохта мешавад, аз маблағе, ки миёни пардохткунанда ва соҳиби воқеии фоизҳо дар мавриди мавҷуд набудани ин муносибатҳо мумкин буд мувофиқ кунонида шавад, зиёд бошад, пас муқаррароти ҳамин модда танҳо дар мавриди маблағи дар охир қайдкардашуда истифода бурда мешавад. Дар чунин ҳолат қисми зиёдатии пардохт мутобиқи қонунгузориҳои ҳар кадом Давлатҳои Аҳдкунанда бо дарназардошти дигар муқаррароти ин Конвенсия мавриди андозбандӣ қарор мегирад.

## Моддаи 12

### Роялти

1. Роялтии дар яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда ташаккулёфта ва ба соҳиби воқеӣ, ки резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда мебошад, пардохташаванда метавонад дар ҳамин Давлати дигар мавриди андозбандӣ қарор гирад.



2. Аммо, чунин роялти метавонад дар Давлати Аҳдкунанда, ки он ташаккул меёбад, тибқи қонунгузориҳои ҳамин Давлат таҳти андозбандӣ қарор гирад, вале агар гирандаи роялти ва соҳиби воқеии роялти резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда бошад, пас андози бо чунин тарик ситонидашаванда набояд аз 8 фоизи маблағи умумии роялти зиёдтар бошад.

3. Истилоҳи “роялти” ҳангоми истифода дар ин модда маънои ҳар намуди пардохтеро дорад, ки ба сифати подош барои истифода ё пешниҳоди ҳуқуқи истифода аз ҳар ҳуқуқи муаллифӣ барои осори бадеӣ, санъат ё илм, аз Ҷумла кинофилмҳо ва филмҳо ё сабтҳо барои радиошунавонӣ ва телевизион, ҳар гуна патентҳо, аломати тиҷоратӣ, дизайн ё модел, нақша, формула ё раванди махфӣ ё маълумоти вобаста ба таҷрибаи саноатӣ, тиҷоратӣ ё илмӣ гирифта шудааст.

4. Муқаррароти бандҳои 1 ва 2 ҳамин модда мавриди истифода қарор намегирад, агар соҳиби воқеии роялти резиденти як Давлати Аҳдкунанда буда, фаъолияти соҳибкориашро дар Давлати дигари Аҳдкунанда анҷом диҳад, ки он Ҷо роялти тавассути муассисаи доимии дар он қарордошта ташаккул меёбад, ва ҳуқуқ ё амволе, ки дар асоси онҳо роялти супорида мешавад, дар воқеъ бо муассисаи доимӣ алоқаманд бошанд. Дар чунин маврид вобаста ба ҳолат муқаррароти моддаи 7 мавриди истифода қарор мегиранд.

5. Чунин шуморида мешавад, ки роялти дар Давлати Аҳдкунанда ба миён меояд, агар пардохткунанда резиденти ҳамин Давлати Аҳдкунанда бошад. Вале, агар шахси пардохткунандаи роялти, новобаста аз он, ки резиденти Давлати Аҳдкунанда ҳаст ё не, дар Давлати Аҳдкунанда муассисаи доимӣ ё пойгоҳи доимӣ дошта бошад, ки вобаста ба он зарурати пардохт кардани роялти пайдо шудааст, ва чунин роялти аз Ҷониби ин муассисаи доимӣ ё поғоҳи доимӣ пардохта шаванд, он гоҳ чунин шуморида мешавад, ки чунин роялти дар ҳамон Давлате ба вуҷуд меояд, ки дар он Ҷо муассисаи доимӣ ё пойгоҳи доимӣ воқеъ аст.

6. Агар дар натиҷаи муносибатҳои мутақобилаи махсус миёни пардохткунанда ва соҳиби воқеии роялти, ё ки байни ҳардуи онҳо ва шахси дигари сеюм маблағи роялтии мансуб ба истифода, ҳуқуқ ё ки иттилоот, ки дар асоси онҳо пардохта мешавад, аз маблағе, ки миёни пардохткунанда ва соҳиби воқеии фоизҳо дар мавриди мавҷуд набудани ин муносибатҳо мумкин буд мувофиқ қунонида шавад, зиёд бошад, он гоҳ муқаррароти ин модда танҳо нисбати маблағи охир зикргардида мавриди истифода қарор дода мешавад. Дар ин маврид қисми барзиёди пардохт бояд тибқи қонунгузориҳои андози ҳар қадам Давлати Аҳдкунанда

бо дарназардошти ҳатмии дигар муқаррароти ин Конвенсия мавриди андозбандӣ қарор гирад.

### **Моддаи 13**

#### **Даромадҳо аз бегона кардани амвол**

1. Даромади аз бегона кардани амволи ғайриманкули дар моддаи 6 ҳамин Созишнома зикршуда метавонад дар ҳамин Давлати дигари Аҳдкунанда, ки чунин амвол дар он қарор дорад, андозбандӣ карда шавад.

2. Даромад аз бегона кардани амволи манқуле, ки қисми таркибии амволи тиҷоратии муассисаи домиро ташкил медиҳад, ки корхонаи як Давлати Аҳдкунанда дар Давлати Аҳдкунандаи дигар дорад, аз Ҷумла даромад аз бегона кардани ҳамин муассисаи доимӣ (дар алоҳидагӣ ё якҷоя бо ҳамаи корхона) метавонад дар ҳамин Давлати дигар таҳти андозбандӣ қарор гирад.

3. Даромади бадастомада аз бегона кардани киштиҳои баҳрӣ ва тайёраҳои дар ҳамлу нақли байналмилалӣ истифодашаванда, ё амволи манқули марбут ба истифодаи чунин киштиҳои баҳрӣ ё тайёраҳо танҳо дар Давлати Аҳдкунандае андозбандӣ карда мешавад, ки дар он маҳалли воқеии идоракунии ин корхона Ҷойгир аст.

4. Даромад аз бегона кардани ҳар гуна амвол, ки дар бандҳои 1, 2 ва 3 зикр наёфтаанд, танҳо дар ҳамон Давлати Аҳдкунандае андозбандӣ карда мешавад, ки резиденти он шахси бегонакунандаи амвол мебошад.

### **Моддаи 14**

#### **Даромад аз кироҷкорӣ**

1. Бо дарназардошти муқаррароти моддаҳои 15, 17, 18, 19 ва 20 маош, музди меҳнат, подош ва дигар подошҳои шабех, ки резиденти Давлати Аҳдкунанда дар робита бо кироҷкорӣ ба даст меорад, танҳо дар ҳамин Давлат андозбандӣ мешавад, агар чунин кироҷкорӣ дар Давлати Аҳдкунандаи дигар анҷом дода нашавад. Агар кироҷкорӣ ба ҳамин тариқ амалӣ гардад, подоши вобаста ба ин ба даст овардашуда танҳо дар ҳамин Давлати дигар андозбандӣ мегардад.

2. Сарфи назар аз муқаррароти банди 1 подоше, ки резиденти Давлати Аҳдкунанда дар робита бо кироҷкорӣ дар Давлати дигари Аҳдкунанда ба даст овардааст, танҳо дар Давлати аввал зикршуда андозбандӣ мегардад, агар:

а) подошгиранда дар Давлати дигари Аҳдкунанда дар муддати як давра ё давраҳо, ки дар маҷмӯъ дар ҳар давраи 12-моҳаи дар ҳамин соли молиявӣ оғоз ё анҷомёбанда на бештар аз 183 шабонарӯз аст, қарор дошта бошад; ва

б) подош аз тарафи кироқунанда ё аз номи кироқунандае, ки резиденти Давлати дигар намебошад, пардохта шавад; ва

с) хароҷоти марбут ба пардохти подошро намояндагии доимие, ки кироқунанда дар Давлати дигар дорад, ба зимма надошта бошад.

3. Сарфи назар аз муқаррароти пешинаи ҳамин модда подоши вобаста ба кироҷкорӣ дар киштӣ ё тайёрае, ки корхонаи Давлати Аҳдкунанда дар ҳамлу нақли байналмилалӣ истифода мекунад, метавонад танҳо дар ҳамин Давлати Аҳдкунанда андозбандӣ гардад, ки дар он маҳалли идоракунии воқеии ин корхона Ҷойгир аст.

## **Моддаи 15**

### **Подоши директорон**

Подоши директорон ва дигар пардохтҳои шабех, ки резиденти як Давлати Аҳдкунанда ба сифати узви шӯрои директорони ширкат, ки резиденти Давлати Аҳдкунандаи дигар мебошад, мегирад, метавонад дар ҳамин дигар Давлат андозбандӣ карда шавад.

## **Моддаи 16**

### **Ҳунармандон ва варзишгарон**

1. Сарфи назар аз муқаррароти моддаҳои 7 ва 14, даромаде, ки резиденти яке аз Давлати Аҳдкунанда ба сифати корманди санъат, ба монанди ҳунарманди театр, кино, радио ё телевизион ва ё мусикинавоз ё ба сифати варзишгар аз фаъолияти шахсӣ дар дигар Давлати Аҳдкунанда ба даст меоварад, метавонад дар ҳамон Давлати дигари Аҳдкунанда андозбандӣ карда шавад.

2. Агар даромад аз фаъолияти шахсии корманди санъат ё варзишгар ба ин сифат на ба худи корманди санъат ё варзишгар, балки ба шахси дигар ҳисоб карда шавад, пас ин даромад метавонад, сарфи назар аз муқаррароти моддаҳои 7 ва 14, дар ҳамон Давлати Аҳдкунандае андозбандӣ гардад, ки дар он Ҷо корманди санъат ва варзишгар фаъолият менамояд.

3. Муқаррароти бандҳои 1 ва 2 ҳамин мода набояд нисбати даромади дар Давлати Аҳдкунанда бадастовардаи ҳунармандон ё варзишгарон, агар сафар ба ин Давлат пурра ё ба таври афзалиятнок аз фондҳои Ҷамъиятии Давлати дигари Аҳдкунанда, воҳидҳои маъмурию ҳудудӣ ё мақомоти маҳаллии ҳокимияти он ё муассисае, ки ба сифати муассисаи ғайритиҷоратӣ эътироф гардидааст, маблағгузорӣ шавад, татбиқ гарданд. Дар ин даромад танҳо дар Давлати Аҳдкунандае андозбандӣ мешавад, ки шахс резиденти он мебошад.

## **Моддаи 17**

### **Нафақапулӣ**

Бо дарназардошти муқаррароти банди 2 моддаи 18, нафақа ва дигар подошҳои шабех, ки барои собиқаи кироҷкорӣ ба резиденти Давлати Аҳдкунанда пардохта мешавад, танҳо дар ҳамон Давлат андозбандӣ мешавад.

## **Моддаи 18**

### **Хизмати давлатӣ**

1. а) Подош, музди меҳнат ва дигар мукофотпулиҳои шабех, ба ғайр аз нафақапулӣ, ки Давлати Аҳдкунанда ё воҳиди маъмурию ҳудудии он, ё мақомоти ҳокимияти маҳаллӣ ё мақоми қонунгузорӣ ба ҳар шахси воқеӣ барои хизмат ба ҳамин Давлат ё воҳиди он ё барои мақомоти ҳокимияти он мепардозад, танҳо дар ҳамин Давлат андозбандӣ мегардад.

б) Вале, чунин подош, музди меҳнат ва дигар мукофотпулиҳои шабех танҳо дар Давлати дигари Аҳдкунанда андозбандӣ мешавад, агар ин хизмат дар ҳамин Давлати дигар анҷом дода шуда, шахси воқеӣ резиденти ҳамин Давлат бошад, ва ӯ:

(i) шахси миллии ҳамин Давлат бошад, ё

(ii) танҳо бо мақсади чунин хизмат резиденти ҳамин Давлат нашудааст.

2. а) Ҳама гуна нафақае, ки Давлати Аҳдкунанда ё воҳиди маъмурию ҳудудӣ ё мақомоти ҳокимияти маҳаллӣ ё мақоми қонунгузори он ё аз фондҳои таъсисдодаи онҳо ба шахси воқеӣ барои хизмат, ки ба ҳамин Давлати Аҳдкунанда ё воҳд ё мақомоти ҳокимияти он мепардозад, танҳо дар ҳамин Давлати Аҳдкунанда андозбандӣ мегардад.

б) Вале чунин нафақа танҳо дар Давлати дигари Аҳдкунанда андозбандӣ мегардад, агар шахси воқеӣ резидент ё шахси миллии ҳамин Давлат бошад.

3. Муқаррароти моддаҳои 14, 15, 16 ва 17 нисбати подош, музди меҳнат ва дигар муқофотпулиҳои шабеҳ ва нафақа барои хизмат, ки барои иҷрои фаъолияти тижорати Давлати Аҳдкунанда ё воҳиди маъмурию ҳудудӣ ё мақомоти маҳаллии ҳокимият ё мақоми қонунгузори он анҷом медиҳад, татбиқ мегардад.

## **Моддаи 19**

### **Донишҷӯён**

1. Даромадҳои мегирифтаи донишҷӯ ё таҷрибаомӯзе, ки бевосита қабл аз омадан ба яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда мебошанд ё буданд ва дар Давлати аввал зикршуда танҳо ба мақсади гирифтани таҳсилот ё гузаштани таҷрибаомӯзӣ қарор доранд ва барои зист, таҳсилот ё гирифтани маълумот пешбинишуда дар ҳамин Давлат мавриди андозбандӣ намегиранд, ба шарте ки агар манбаъҳои ин пардохтҳо дар Давлати дигар бошанд.

2. Подоши дар Давлати дигари Аҳдкунанда дар давоми давра ё давраҳои дар маҷмӯъ дар соли молиявӣ аз 183 рӯз зиёд набуда гирифтаи донишҷӯ ё таҷрибаомӯз, ки резиденти Давлати Аҳдкунанда ҳаст ё буд, дар ин Давлат андозбандӣ намегардад, агар кор бевосита бо тадқиқот ё таҳсили ӯ алоқаманд бошад.

## Моддаи 20

### Профессорон ва кормандони илмӣ

1. Шахси воқеие, ки бевосита қабл аз омадан ба Давлати дигари Аҳдкунанда резиденти Давлати Аҳдкунанда будааст ва дар Давлати дигари Аҳдкунанда бо даъвати ҳар донишгоҳ, коллеҷ, мактаб ё муассисаи шабеҳи таълимии шинохтаи Ҳукумати Давлати дигари Аҳдкунандаи қарор дорад, дар муддати давраи на зиёда аз 2 сол аз рӯзи аввали бо мақсади тадқиқот, омӯзиш ё таълим дар ин муассисаҳои таълимӣ ба дигар Давлати Аҳдкунанда омаданааш аз пардохти андози даромад нисбати подоши марбут ба таҳсил ё тадқиқоташ озод карда мешавад.

2. Муқаррароти банди 1 набояд нисбати даромади аз фаъолияти илмию тадқиқотӣ бадастомада татбиқ гардад, агар чунин фаъолияти илмию тадқиқотӣ на ба манфиати давлат, балки барои фоидаи шахсии ягон шахси хусусӣ ё ашхос анҷом ёбад.

## Моддаи 21

### Даромадҳои дигар

1. Намудҳои даромади резиденти Давлати Аҳдкунанда, сарфи назар аз манбаи пайдоиши онҳо, ки дар моддаҳои қаблии Конвенсияи мазкур зикр нагардидаанд, танҳо дар ҳамин Давлат андозбандӣ мешаванд.

2. Муқаррароти банди 1 нисбати даромадҳои дигар, ба истиснои даромад аз амволи ғайриманқули дар банди 2 моддаи 6 муайянгардида татбиқ намегардад, агар гирандаи чунин даромадҳо резиденти яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда буда, фаъолияти тиҷоратиро дар Давлати дигари Аҳдкунанда таввасути муассисаи доимии дар он Ҷо Ҷойгиршуда анҷом диҳад ва ҳуқуқ ё моликият, ки дар робита ба онҳо даромад гирифтааст, ҳақиқатан ҳам ба чунин муассисаи доимӣ алоқаманд бошад. Дар чунин ҳолат муқаррароти моддаи 7 мавриди истифода қарор мегирад.

3. Даромаде, ки резиденти Давлати Аҳдкунанда дар Давлати дигари Аҳдкунанда мутобиқи дархости ҳуқуқӣ барои нигоҳдорӣ ба даст овардааст, агар чунин даромад мутобиқи қонунгузориҳои Давлати дигари Аҳдкунанда аз пардохти андоз озод бошад, дар Давлати аввал зикргардида андозбандӣ намешавад.

## Моддаи 22

### Сармоя

1. Сармоя дар шакли амволи ғайриманқул тавре дар Моддаи 6 муайян шудааст, ки ба резиденти Давлати Аҳдкунанда тааллуқ дошта, дар Давлати дигари Аҳдкунанда Ҷойгир аст, метавонад дар ҳамон Давлати дигари Аҳдкунанда мавриди андозбандӣ қарор гирад.

2. Сармоя дар шакли амволи манқул, ки қисми амволи тиҷоратии муассисаи доимиро ташкил мекунад, ки корхонаи як Давлати Аҳдкунанда дар Давлати дигари Аҳдкунанда дорад, метавонад дар ҳамон Давлати дигари Аҳдкунанда мавриди андозбандӣ қарор гирад.

3. Сармоя дар шакли воситаҳои бахрӣ ва ҳавоии дар ҳамлу нақли байналмилалӣ истифодашаванда, инчунин дар шакли амволи манқули мансуб ба фаъолияти чунин киштию тайёраҳо танҳои дар ҳамон Давлати Аҳдкунанда андозбандӣ мешаванд, ки маҳалли идоракунии воқеии ин корхона дар он Ҷойгир аст.

4. Ҳамаи унсурҳои сармояи резиденти Давлати Аҳдкунанда танҳо дар ҳамин Давлат андозбандӣ мешаванд.

## Моддаи 23

### Усули бартараф кардани андозситонии дукарата

Андозбандии дукарата ба тариқи зайл бартараф карда мешавад:

1. Дар Австрия:

а) Агар резиденти Австрия даромад ба даст орад ё сармояро соҳибӣ кунад, ки мутобиқи муқаррароти Конвенсияи мазкур метавонад дар Тоҷикистон андозбандӣ шавад, Австрия мутобиқи муқаррароти зербандҳои б) ва д) чунин даромад ё сармояро аз андозбандӣ озод мекунад.

б) Агар резиденти Австрия намудҳои даромадеро ба даст орад, ки мутобиқи муқаррароти моддаҳои 10, 11 ва 12 метавонанд дар Тоҷикистон андозбандӣ шаванд, Австрия аз маблағи андоз аз даромади чунин резидент маблағи баробар ба маблағи андози дар Тоҷикистон пардохташударо тарҳ мекунад. Вале чунин тарҳкунӣ аз қисми андози то

тарҳкунӣ ҳисоб кардашудаи мансуб ба чунин намудҳои даромади дар Тоҷикистон ба даст овардашуда зиёдтар бошад.

с) Дивидендҳое, ки дар хусуси онҳо дар зербанди а) банди 2 Моддаи 10 зикр гардида, аз тарафи ширкати резиденти Тоҷикистон ба ширкати пардохта мешаванд, ки резиденти Австрия мебошад, мутобиқи муқаррароти қонунгузории дохилии Австрия, вале новобаста аз талаботи ҳади ақали пешбининамудаи ин қонунгузорӣ, аз андозбандӣ дар Австрия озод карда мешаванд.

д) Агар мутобиқи ҳар муқаррароти Конвенсия даромади ба даст овардаи резиденти Австрия ё сармоя ба У тааллуқдошта аз андозбандӣ дар Австрия озод бошад, Австрия ба ҳар ҳол метавонад зимни ҳисоб кардани маблағи андози қисми боқимондаи даромад ё сармояи чунин резидент даромади аз андоз ё сармоя озодгардидаро ба инобат гирад.

е) Агар Тоҷикистон муқаррароти Конвенсияи мазкурро истифода намояд, муқаррароти зербанди а) нисбати даромаде, ки резиденти Австрия ба даст меорад ё сармояе, ки вай соҳибӣ мекунад, татбиқ намегардад, ва агар нисбати чунин даромад муқаррароти банди 2 Моддаи 10 ё 11-ро татбиқ намояд, пас чунин даромад ё сармоя аз андозбандӣ озод карда мешавад.

## 2. Дар Тоҷикистон:

а) Агар резиденти Тоҷикистон даромаде ба даст орад ё сармояро соҳибӣ кунад, ки мутобиқи муқаррароти Конвенсияи мазкур метавонад дар Австрия андозбандӣ гардад, Тоҷикистон имконият медиҳад, ки:

(i) аз андози даромади ин резидент маблағи баробар ба андози даромади дар Австрия пардохташударо тарҳ кунад;

(ii) аз андози сармояи ин резидент баробар ба андози сармояи дар Австрия пардохташударо тарҳ кунад.

Ин тарҳкунӣ ба ҳар ҳол набояд аз қисми андози аз даромад ё аз сармояе, ки то тарҳкунии марбут ба даромад ё сармоя ҳисоб карда, метавонад дар Австрия вобаста ба шароит андозбандӣ шавад, зиёдтар бошад.

б) Агар мутобиқи ҳар муқаррароти Конвенсия даромади бадастоварда ё резиденти резиденти Тоҷикистон аз андоз дар Тоҷикистон озод бошад, Тоҷикистон ба ҳар ҳол метавонад зимни ҳисоб



кардани маблағи андози қисми боқимондаи даромад ё сармояи ин резидент даромад ё сармояи аз андоз озодгардидаро ба инобат гирад.

## Моддаи 24

### Маҳдуд накардани ҳуқуқҳо

1. Шахсони миллии як Давлати Аҳдкунанда дар Давлати дигари Аҳдкунанда нисбат ба андозсупориҳо ё ўҳдадориҳои вобаста ба он, ки тибқи ҳамин ҳолат барои шахсони миллии ин Давлати дигари Аҳдкунанда дар ҳамон шароити яхела, аз Ҷумла нисбати қароргоҳ фароҳам шудааст ё шуда метавонад, тахти ҳама гуна андозсупориҳои вазнинтар ё ўҳдадориҳои вобаста ба он қарор намегиранд. Ин муқаррарот, сарфи назар аз муқаррароти моддаи 1, ҳамчунин нисбати шахсоне истифода мешавад, ки резидентони як ё ҳарду Давлатҳои Аҳдкунанда намебошанд.

2. Шахсони бешаҳрвандие, ки резидентони Давлати Аҳдкунанда мебошанд, нисбат ба андозсупориҳо ё ўҳдадориҳои вобаста ба он, ки барои шахсони миллии ин Давлат дар ҳамон шароити яхела, аз Ҷумла нисбати қароргоҳ фароҳам шудааст ё шуда метавонад, тахти андозбандии дигар ё вазнинтар ё ўҳдадориҳои вобаста ба он қарор намегиранд.

3. Андозбандии муассисаи доимӣ, ки корхонаи яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда дар Давлати дигари Аҳдкунанда дорад, набояд дар Давлати дигари Аҳдкунанда нисбати андозбандии корхонаи ҳамин Давлати дигар, ки ба чунин навъи фаъолият машғул аст, номусоидтар бошад. Ин муқаррарот набояд ҳамчун ўҳдадоркунандаи як Давлати Аҳдкунанда барои ба резидентони Давлати дигари Аҳдкунанда додани ҳар имтиёзҳои шахсӣ, тарҳкунӣ ё тахфифҳои барои мақсадҳои андозбандӣ дар асоси мақоми шаҳрвандӣ ё ўҳдадориҳои оилави онҳо, ки Давлат ба резидентони худ пешкаш менамояд, шарҳ дода шавад.

4. Ба истисноии ҳолатҳои, ки муқаррароти банди 1 Моддаи 9, банди 7 Моддаи 11 ё банди 6 Моддаи 12 истифода мешаванд, фоизҳо, роялти ва пардохтҳои дигаре, ки корхонаи як Давлати Аҳдкунанда ба резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда анҷом медиҳад, бояд бо мақсади муайян намудани фоидаи андозбандишавандаи чунин корхона ба тариқи мавриди тарҳкунӣ қарор гиранд, ки агар онҳо ба резиденти Давлати аввал зикршуда пардохта мешуданд. Бо ҳамин тартиб, ҳар гунна қарзҳои корхонаи як Давлати Аҳдкунанда ба резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда бояд бо мақсади муайян намудани сармояи андозбандишавандаи чунин корхона ба ҳамон шартҳои мавриди тарҳкунӣ

қарор гиранд, ки нисбати қарзи резиденти Давлати аввал зикргардида пешниҳод мешаванд.

5. Корхонаҳои яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда, ки сармояи онҳо пурра ё қисман ба як ё якчанд резидент марбутанд ё аз тарафи як ё якчанд резиденти Давлати дигари Аҳдкунанда мустақим ё ғайримустақим назорат карда мешаванд, дар Давлати аввал зикргардида нисбат ба андозбандӣ ё ӯҳдадориҳои вобаста ба он, ки тибқи ҳамин ҳолат барои чунин корхонаи Давлати аввал зикргардида фароҳам шудааст, тахти андозбандии дигар ё вазнинтар ё ӯҳдадориҳои вобаста ба он қарор гиранд.

6. Сарфи назар аз муқаррароти Моддаи 2, муқаррароти Моддаи мазкур нисбати ҳар навъ ва намуди андозҳо истифода мешавад.

## **Моддаи 25**

### **Расмиёти мувофиқаи тарафайн**

1. Агар шахс чунин шуморад, ки амали як ё ҳарду Давлатҳои Аҳдкунанда боиси андозбандии он хилофи муқаррароти ҳамин Конвенсия шудаанд ё шуда метавонанд, ин шахс, сарфи назар аз воситаҳои ҳимоявии пешбининамудаи қонунгузирии миллии ин Давлатҳо, метавонад аризаи худро ба мақомоти салоҳиятдори ҳамон Давлати Аҳдкунандае, ки вай резиденти он мебошад, ва агар ҳолати вай тахти амали банди 1 моддаи 24 қарор гирад, ба омақомоти салоҳиятдори он Давлати Аҳдкунандае пешкаш намояд, ки вай шахси миллии он мебошад. Ариза бояд дар мўҳлати се сол аз лаҳзаи огоҳиномаи аввал дар хусуси амале, ки боиси андозбандии хилофи муқаррароти ҳамин Конвенсия мегардад, пешниҳод карда шавад.

2. Мақоми салоҳиятдор, агар эътирозро асоснок ҳисобад, кўшиш ба ҳарЧ медиҳад ва агар ҳудаш мустақилона ба қарори қаноатбахш омада натавонад, масъаларо дар мувофиқа бо мақоми салоҳиятдори Давлати дигари Аҳдкунанда бо мақсади роҳ надодан ба андозсупории хилофи муқаррароти Конвенсияи мазкур ҳал кунад. Ҳама гуна мувофиқаи бадастомада, сарфи назар аз ҳар гуна маҳдудияти муввақати дар қонунгузорию дохилии Давлатҳои Аҳдкунанда Ҷойдошта, иҶро карда мешавад.

3. Мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда кўшиш менамоянд, ки бо мувофиқаи мутақобила ҳама гуна мушкилот ё шубҳахоро, ки вобаста ба истифодаи муқаррароти Конвенсияи мазкур ба

миён меоянд, ҳал намоянд. Инчунин онҳо метавонанд дар ҳолатҳое, ки Конвенсияи мазкур пешбинӣ накардааст, бо мақсади бартараф намудани андозситонии дукарата бо ҳамдигар машварат намоянд.

4. Мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда бо мақсади ба даст овардани мувофиқа дар ҳамдигарфаҳмӣ оид ба моҳияти бандҳои қаблӣ метавонанд бо ҳам робитаи мустақим дошта бошанд, аз Ҷумла комиссияҳои муштараке таъсис диҳанд, ки аъзои он худи мақомоти салоҳиятдор ё намояндагони худӣ буда метавонанд.

## Моддаи 26

### Табодули иттилоот

1. Мақомоти салоҳиятдори Давлатҳои Аҳдкунанда иттилоотеро, ки барои татбиқи муқаррароти Конвенсияи мазкур ё маъмурикунонӣ ё истифодаи қонунгузории марбут ба ҳар навъ ва тавсифи андозҳои аз номи Давлати Аҳдкунанда ё воҳиди сиёсӣ ё мақоми маҳаллии ҳокимияти он ситонидашаванда ба таври пешгӯишаванда назаррасанд, ба ҳамон андозае, ки андозбандиҳо хилофи ҳамин Созишнома нестанд, мубодила хоҳанд кард. Мубодилаи иттилоот бо моддаҳои 1 ва 2 маҳдуд намегардад.

2. Ҳар гуна иттилооте, ки яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда мутобиқи банди 1 ба даст меорад, ба монанди иттилооти дар доираи қонунгузории миллии ҳамин Давлат бадастомада махфӣ ҳисобида мешавад ва танҳо метавонад ба ҳамон ашхос ва мақомоти ҳокимият (аз Ҷумла судҳо ва мақомоти маъмури), ки ба арзёбӣ ё Ҷамъоварӣ, ситонидани иҶборӣ ё ҶустуҶӯи судӣ, ё баррасии аризаҳо оид ба андозҳои дар банди 1 ё моддаҳои қаблӣ баррасишуда машғуланд, ошкор карда шавад. Чунин ашхос ё мақомот ин иттилоотро метавонанд танҳо барои ҳамин мақсадҳо истифода намоянд. Онҳо ин иттилоотро метавонанд дар Ҷараёни муурофияи судӣ ё ҳангоми қабули қарорҳои судӣ фош намоянд. Сарфи назар аз нукоти зикргардида, иттилооти бадастovarдаи Давлати Аҳдкунанда метавонад ба мақсадҳои дигар истифода шавад, агар мутобиқи қонунгузории ҳарду Давлат чунин иттилоот ба чунин дигар мақсадҳои истифода шуда тавонад ва мақоми салоҳиятдори ҳокимияти Давлати пешкашнамудаи иттилоот барои чунин истифода иҶозат диҳад.

3. Ба ҳеҷ ваҷҳ муқаррароти банди 1 ва 2 набояд ҳамчун ўҳдадоркунандаи ҳар яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда ба инҳо тафсир карда шавад:

а) чораҳои маъмурие гузаронанд, ки хилофи қонунҳо ё таҷрибаи маъмурии ин ё он Давлати Аҳдкунанда бошанд;

б) иттилоотеро пешниҳод намоянд, ки онро мувофиқи қонунгузорӣ ё дар Ҷараёни амалияи маъмулии маъмурии ин ё он Давлати Аҳдкунанда гирифтани мумкин нест;

с) иттилоотеро пешниҳод намоянд, ки метавонад ягон сирри савдо, соҳибкорӣ, саноатӣ, тиҷоратӣ ва касбӣ, ё раванди тиҷоратиро фош намояд ё иттилооте диҳад, ки ошкор сохтани он хилофи сиёсати давлат (ordre public) мебошад.

4. Агар иттилоот мутобиқи моддаи мазкур аз Ҷониби Давлати Аҳдкунанда талаб гардад, Давлати дигари Аҳдкунанда, ҳатто агар барои ин Давлати талабшуда ба даст овардани чунин иттилоот барои мақсадҳои андозбандӣ зарур набошад ҳам, Ҷиҳати Ҷамъовариҳои чунин иттилоот кӯшиш ба харҷ медиҳад. Ўҳдадорӣ дар Ҷумлаи пешин овардашуда ба маҳдудиятҳои дар банди 3 нишон додашуда равона гардидаанд, вале чунин маҳдудиятҳо ба ҳеҷ ваҷҳ набояд ҳамчун сарпечии Давлатии Аҳдкунанда аз пешкаш намудани иттилоот танҳо ба он хотир, ки ба ин иттилоот манфиати шахсӣ надорад, баррасӣ карда шавад.

5. Ба ҳеҷ ваҷҳ муқаррароти банди 3 ҳамчун саркашии Давлати Аҳдкунанда барои пешкаш намудани иттилоот танҳо барои он, ки соҳиби иттилоот бонк, муассисаи дигари молиявӣ, нимзад ё шахси дар агентӣ ё ба сифати кафил амалкунанда ё бмнобар он, ки мансуб ба манфиатҳои хусусии он мебошад, баррасӣ карда намешавад.

## **Моддаи 27**

### **Кормандони миссияҳои дипломатӣ ва муассисаҳои консулӣ**

Ҳеҷ яке аз муқаррароти Конвенсияи мазкур ба имтиёзҳои андозии агентони дипломатӣ ё кормандони консулӣ, ки ба онҳо тибқи меъёрҳои умумии ҳуқуқҳои байналмилалӣ ё муқаррароти созишномаҳои махсус фароҳам оварда шудаанд, даҳлат намекунад.

## Моддаи 28

### Эътибор пайдо кардан

1. Конвенсияи мазкур бояд тасвиб гарда два мубодилаи тасвибномаҳо дар мўҳлатҳои кўтохтарин анҷом дода хоҳад шуд.

2. Конвенсия бояд дар рўзи авали моҳи сеюми пас аз мубодилаи тасвибномаҳо эътибор кунад ва муқаррароти он нисбати нисбати андозҳо бояд барои ҳар соли молиявие, ки пас аз 31 декабри соли тақвими мубодилаи тасвибномаҳо фаро мерасад, эътибор пайдо намояд.

## Моддаи 29

### Қатъи амал

Конвенсияи мазкур то замоне эътибор дорад, ки агар яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда амали онро қатъ насозад. Ҳар яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда метавонад амали Конвенсияи мазкурро бо гузашти 5 сол аз лаҳзаи эътибор пайдо кардани Конвенсияи мазкур бо усули тавассути роҳҳои дипломатӣ ирсол намудани огоҳинома дар бобати бекор кардани амали он сином ё пас аз 30 июни соли тақвими қатъ намояд. Дар чунин ҳолат Конвенсия нисбати андозҳо барои ҳар соли андозбандишавандае, ки баъди 31 декабри соли тақвими ирсолҳои огоҳинома фаро мерасад, қатъ мегардад.

Барои тасдиқи ҳамин, намояндагони ҳарду Давлатҳои Аҳдкунанда, ки барои ин ваколатдоранд, Конвенсияи мазкурро ба имзо расониданд.

Конвенсия “7” июни соли 2011 дар шаҳри Вена бо забонҳои тоҷикӣ, немисӣ ва англисӣ, ки эътибори баробари ҳуқуқӣ доранд, ба имзо расидааст. Дар сурати ихтилофи назар ҳангоми Ҷой доштани фарқият миёни матнҳо, ба матни англисӣ афзалият дода мешавад.

**Аз ҷониби**  
**Ҷумҳурии Австрия**

Andreas Schieder m.p.

**Аз Ҷониби**  
**Ҷумҳурии Тоҷикистон**

Safarali Najmuddinov m.p.

## ПРОТОКОЛ

Ҳангоми ба имзо расонидани Конвенсия оид ба канорагирӣ аз андозбандии дукарата ва пешгирӣ намудани саркашӣ аз супоридани андозҳо аз даромад ва сармоя, ки байни Ҷумҳурии Австрия ва Ҷумҳурии Тоҷикистон ба имзо расидааст, шахсони дар зер имзокарда ба мувофиқа расиданд, ки муқаррароти зерин қисми таркибии Конвенсия мебошанд:

### 1. Дар мавриди банди 3 Моддаи 16

Дар назар дошта мешавад, ки банди 3 ҳамчунин нисбати шахсони ҳуқуқии мансуб ба оркестрҳо, театрҳо, гурӯҳҳои балетӣ, инчунин барои созмонҳои шабеҳи фарҳангӣ – шахсони ҳуқуқие, ки дар дурнамои дарозмуддат асосан ташкилотҳои ғайритиҷоратии эътирофнамудаи мақоми салоҳиятдори ҳокимияти Давлати буду бош мебошанд, татбиқ мегардад.

### 2. Дар мавриди банди 3 Моддаи 21

а) Барои мақсадҳои банди 3 чунин мукофотпулӣ ҳамчунин пардохтҳоро барои зиёни дар натиҷаи ҷиноят, эмкунӣ ё сабабҳои ба ин монанд расонидашуда дар бар мегирад;

б) Даромади дар банди мазкур зикргардида ҳангоми озодкунӣ бо усули ба тадриҷ афзоянда (прогрессивӣ) набояд ба инобат гирифта шавад.

### 3. Дар мавриди Моддаи 26

(i) Мақоми салоҳиятдори ҳокимияти Давлати арзқунанда, дар сурати розӣ шудан барои пешкаш намудани иттилооти дархостшуда мутобиқи Конвенсия, бо дарназардошти муҳимияти иттилооти дархостшуда, ба мақоми салоҳиятдори Давлати дархостқунанда иттилооти зеринро пешкаш менамояд:

а) дар бораи шахсияти шахси таҳти истинтоқ ё тафтиш қарордошта;

б) ариза дар бораи иттилооти дархостшуда, аз он ҷумла хусусият ва шакле, ки Давлати дархостқунанда мехоҳад иттилоотро аз Давлати дархостшуда гирад;

с) дар бораи мақсади андозбандие, ки барои он иттилоот дархост шудааст;

d) сабабҳо барои асосноккунии он, ки иттилооти дархостшуда дар Давлати дархостшуда ё дар ихтиёр ва ё таҳти назорати шахсе қарор дорад, ки дар доираи ҳуқуқи Давлати дархостшуда мебошад;

e) ном ва суроғи ҳар шахси гумоншуда бояд дар иттилооти дархостшуда дарч гардад;

f) асосноккунӣ дар хусуси он, ки Давлати дархосткунанда барои ба даст овардани иттилоот дар қаламрави худ ба воситаҳои барояш дастрас, ба истиснои он воситаҳои, ки боиси мушкilotи номутаносиб мегарданд, чорабиниҳо мегузаронад.

(ii) Ин ҷо дар назар дошта шудааст, ки мубодилаи иттилооти дар моддаи 26 зикргардида чораҳоеро, ки дар «Экспедитсияи моҳидорӣ» пешбинӣ шудаанд, дар бар намегирад.

(iii) Ин ҷо дар назар дошта шудааст, ки банди 5 моддаи 26 бояд ҳамчун ӯҳдадоркунандаи Давлати Аҳдкунанда барои мубодилаи иттилоот на дар асоси ихтиёри ё беихтиёри фаҳмида шавад.

(1V) Ин ҷо дар назар дошта мешавад, ки барои шарҳи моддаи 26 илова ба усулҳои фавқуззикр ҳамчунин усулҳои баррасӣ мешаванд, ки дар Эзоҳи ОЭСР муқаррар шудаанд.

#### 4. Шарҳи муқаррароти Конвенсия

Ин ҷо дар назар дошта мешавад, ки муқаррароти Конвенсия, ки мутобиқи муқаррароти дахлдори Модели Конвенсияи АЭСР дар бораи Даромад ва Сармоя таҳия шудаанд, чун қоида, бояд ҳамон маъноеро дошта бошанд, дар Эзоҳи ОЭСР муайян шудааст. Мазмуни ҷумлаи қаблӣ нисбати инҳо истифода намешавад:

a) ягон қайду шарт ё эрод нисбати ОЭСР ё Эзоҳи он аз тарафи ҳар яке аз ҳарду Тарафҳои Аҳдкунанда;

b) ҳар маънидодкунии муҳолиф дар Протоколи мазкур;

c) ҳар маънидодкунии муҳолиф дар шарҳу эзоҳи аз ҷониби яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда батабърасида, ки мақоми салоҳиятдори ҳокимияти яке аз Давлатҳои Аҳдкунанда то эътибор пайдо кардани Конвенсия пешкаш намудааст;

d) ҳар маънидодкунии муҳолифе, ки бо мақомоти салоҳиятдори ҳокимият пас аз эътибор пайдо кардани Конвенсия мувофиқа шудааст.

Эзоҳи ОЭСР, азбаски онро баъзан бо гузашти айём тағйир додан мумкин аст, худ ифодакунандаи усулҳои фаҳмондадиҳии мазмуни Конвенсияи Вена аз 23 майи соли 1969 дар бораи ҳуқуқи шартномаҳои байналхалқӣ мебошад.

Барои тасдиқи ҳамин, намояндагони ҳарду Давлатҳои Аҳдкунанда, ки барои ин ваколат доранд, Протоколи мазкурро ба имзо расониданд. Протокол 7 июни соли 2011 дар шаҳри Вена бо забонҳои тоҷикӣ, немисӣ ва англисӣ, ки эътибори баробари ҳуқуқӣ доранд, ба имзо расидааст. Дар сурати ихтилофи назар ҳангоми ҷой доштани фарқият миёни матнҳо, ба матни англисӣ афзалият дода мешавад.

Протокол “7” июни соли 2011 дар шаҳри Вена бо забонҳои тоҷикӣ, немисӣ ва англисӣ, ки эътибори баробари ҳуқуқӣ доранд, ба имзо расидааст. Дар сурати ихтилофи назар ҳангоми ҷой доштани фарқият миёни матнҳо, ба матни англисӣ афзалият дода мешавад.

**Аз ҷониби**  
**Ҷумҳурии Австрия**

Andreas Schieder m.p.

**Аз ҷониби**  
**Ҷумҳурии Тоҷикистон**

Safarali Najmuddinov m.p.



## **CONVENTION**

**between**

**the Republic of Austria  
and  
the Republic of Tajikistan**

**for the Avoidance of Double Taxation  
and the Prevention of Fiscal Evasion  
with respect to Taxes on Income  
and on Capital**

The Republic of Austria and the Republic of Tajikistan were guided by aspiration to develop and to strengthen economic, scientific, technical and cultural cooperation between both States have decided to conclude the present Convention and have agreed as follows:

## **Article 1**

### **Persons covered**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

## **Article 2**

### **Taxes covered**

1. This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its administrative-territorial subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- (i) the income tax (die Einkommensteuer);
- (ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- (iii) the land tax (die Grundsteuer);
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- (v) the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);  
(hereinafter referred to as “Austrian tax”);

b) in Tajikistan:

- (i) surtax from the physical persons (tax from the income of the physical persons);
- (ii) the tax to the profit of the legal persons;
- (iii) the tax to immovable property;  
(hereinafter referred to as “Tajik tax”).

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the

Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

### **Article 3** **General definitions**

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Austria or Tajikistan, as the context requires;
- b) the term “Austria” means the Republic of Austria;
- c) the term “Tajikistan” means the Republic of Tajikistan and, when used in the geographical sense, includes its territory, inland waters and the air space above them over which the Republic of Tajikistan may exercise its sovereign rights and jurisdiction, including the rights on exploration of sub-soil and natural resources, in accordance with international law and where the laws of Republic of Tajikistan apply;
- d) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the term “enterprise” applies to the carrying on of any business;
- g) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- h) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft, operated by an enterprise that has place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft, is operated solely between places in the other Contracting State;

- i) the term “national” in relation to a Contracting State means:
  - (i) any individual possessing the nationality or citizenship of a Contracting State;
  - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State;
  
- j) the term “competent authority” means:
  - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorized representative;
  - (ii) in Tajikistan: the Ministry of Finance or its authorized representative;.
  
- k) the term “business” includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.

2. As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

#### **Article 4 Resident**

1. For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any administrative-territorial subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State, in which he has his centre of vital interests, cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

## **Article 5**

### **Permanent establishment**

1. For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in the Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## **Article 6**

### **Income from immovable property**

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of the enterprise.

## **Article 7**

### **Business profits**

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately



in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

## **Article 8**

### **International traffic**

1. Profits from the operation of ships or aircraft, in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

## **Article 9**

### **Associated enterprises**

1. Where:

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State -and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## **Article 10** **Dividends**

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 15 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 10 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term “dividends” as used in this Article means income from shares, «jouissance» shares or «jouissance» rights, mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company

making the distribution is a resident.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

## **Article 11**

### **Interest**

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 8 per cent of the gross amount of the interest.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest referred to in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State of which the recipient is a resident if the beneficial owner of the interest is a resident of that State, and:

- a) is that State or the central bank, an administrative-territorial subdivision or local authority thereof;
- b) if the interest is paid by the State in which the interest arises or by an administrative-territorial subdivision, a local authority or statutory body thereof;
- c) if the interest is paid in respect of a loan, debt-claim or credit that is owed to, or made, provided, guaranteed or insured by, that State or an administrative-territorial subdivision, local authority or export financing agency thereof;
- d) is a financial institution;
- e) if the interest is paid with respect to indebtedness arising as a consequence of the sale on credit of any equipment, merchandise or services.

4. The term “interest” as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purposes of this Article.

5. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

## **Article 12** **Royalties**

1. Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 8 per cent of the gross amount of the royalties.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, and films or recordings for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the

payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

### **Article 13**

#### **Capital gains**

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft, operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

## **Article 14**

### **Income from employment**

1. Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18, 19 and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in the international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

## **Article 15**

### **Directors' fees**

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

## **Article 16**

### **Artistes and sportsmen**

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other Contracting State or administrative-territorial subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognized as a non-profit institution. In such case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

## **Article 17**

### **Pensions**

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

## **Article 18**

### **Government service**

1. a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or an administrative-territorial subdivision or a local authority or a statutory body



thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority or body shall be taxable only in that State.

b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

(i) is a national of that State; or

(ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

2. a) Any pension paid by, or out of funds created by a Contracting State or an administrative-territorial subdivision or a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority or body shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

3. The provisions of Articles 14, 15, 16 and 17 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or an administrative-territorial subdivision or a local authority or a statutory body thereof.

## **Article 19**

### **Students**

1. Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

2. Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment

which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in the other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

## **Article 20**

### **Professors and Researchers**

1. An individual who is or was a resident of a Contracting State immediately before making a visit to the other Contracting State and who, at the invitation of any university, college, school or other similar educational institution, which is recognized by the Government of that other Contracting State, is present in that other State for a period not exceeding 2 years from the date of his first arrival in that other Contracting State, solely for the purpose of teaching or research or both, at such educational institution shall be exempt from tax in that other State on his remuneration for teaching or research.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income from research if such research is undertaken not in the public interest but for the private benefit of a specific person or persons.

## **Article 21**

### **Other income**

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

3. Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the

first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

## **Article 22**

### **Capital**

1. Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft, operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

## **Article 23**

### **Elimination of double taxation**

1. Double taxation shall be eliminated as follows:

In Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in Tajikistan, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) to d), exempt such income or capital from tax.

- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Article 10, 11 and 12, may be taxed in Tajikistan, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Tajikistan. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Tajikistan.
- c) Dividends in the sense of subparagraph a) of paragraph 2 of Article 10 paid by a company which is a resident of Tajikistan to a company which is a resident of Austria shall be exempt from tax in Austria, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria but irrespective of any deviating minimum holding requirements provided for by that law.
- d) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.
- e) The provisions of subparagraph a) shall not apply to income derived or capital owned by a resident of Austria where Tajikistan applies the provisions of this Convention to exempt such income or capital from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Article 10 or 11 to such income.

## 2. In Tajikistan:

- a) Where a resident of a Tajikistan derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Tajikistan shall allow:
  - (i) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;
  - (ii) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that

part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

- b) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Tajikistan is exempt from tax in Tajikistan, Tajikistan may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

## **Article 24**

### **Non-discrimination**

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

2. Stateless persons who are resident of Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

3. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

4. Except where the provisions of paragraph 1 Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable

profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

5. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

6. The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

## **Article 25**

### **Mutual agreement procedure**

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavor, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the

interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

## **Article 26**

### **Exchange of information**

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorizes such use.

3. In no case shall the provisions of paragraph 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

### **Article 27**

#### **Members of diplomatic missions and consular posts**

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

### **Article 28**

#### **Entry into force**

1. This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.



2. The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

### **Article 29 Termination**

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the period of five years from the date on which the provisions of this Convention became effective. In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice has been given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention;

Done in duplicate at Vienna, this 7 day of June 2011, in the German, Tajik and English languages, all texts being equally authentic. In case of any divergence between the texts, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria

For the Republic of Tajikistan

Andreas Schieder m.p.

Safarali Najmuddinov m.p.

## PROTOCOL

At the moment of signing the Convention for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital, this day concluded between the Republic of Austria and the Republic of Tajikistan the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

### 1. With reference to paragraph 3 of Article 16

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras, theatres, ballet groups as well as to members of such cultural entities if such legal entities are substantially non-profit entities in the long term and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

### 2. With reference to paragraph 3 of Article 21

- a) For the purposes of paragraph 3 such remuneration shall also include remuneration for damage resulting from crimes, vaccinations or similar reasons.
- b) The income mentioned in this paragraph shall not be taken into consideration when applying the exemption with progression method.

### 3. With reference to Article 26

(i) The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- a) the identity of the person under examination or investigation;
- b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
- c) the tax purpose for which the information is sought;
- d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;

- e) the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;
- f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

(ii) It is understood that the exchange of information provided in Article 26 does not include measures which constitute “fishing expeditions”.

(iii) It is understood that paragraph 5 of Article 26 does not obligate the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis.

(iv) It is understood that – in addition to the above mentioned principles – for the interpretation of Article 26 the principles established in the OECD Commentaries, shall be considered as well.

#### 4. Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD-Model Convention on Income and on Capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to the following:

- a) any reservations or observations to the OECD Model or its Commentary by either Contracting State;
- b) any contrary interpretations in this Protocol;
- c) any contrary interpretation in a published explanation by one of the Contracting States that has been provided to the competent authority of the other Contracting State prior to the entry into force of the Convention;

- d) any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention.

The OECD Commentary – as it may be revised from time to time – constitutes a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorized thereto, have signed this Protocol.

Done in duplicate at Vienna, on 7 day of June 2011, in the German, Tajik and English languages, each texts being equally authentic. In case of any divergence between the texts, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria

For the Republic of Tajikistan

Andreas Schieder m.p.

Safarali Najmuddinov m.p.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1982

Ausgegeben am 20. August 1982

171. Stück

411. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens samt Notenwechsel  
(NR: GP XV RV 745 AB 855 S. 88. BR: AB 2390 S. 414.)

## 411.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Notenwechsel wird genehmigt.

## ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens

Die Republik Österreich und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind

im Bewußtsein des Bedürfnisses, den Handel zu erleichtern und die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Einklang mit der in Helsinki am 1. August 1975 unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu fördern,

vom Wunsche geleitet, die wirtschaftliche, kulturelle, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu fördern und die Doppelbesteuerung zu vermeiden,

übereingekommen, das nachstehende Abkommen abzuschließen:

## ARTIKEL 1

## Persönlicher Geltungsbereich

1. Dieses Abkommen gilt für Personen, die hinsichtlich der Besteuerung in einem oder in beiden Vertragsstaaten als ansässig gelten.

2. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“

- a) in bezug auf eine in der UdSSR ansässige Person: eine juristische Person oder eine andere in der UdSSR steuerlich wie eine juristische Person behandelte Organisation, die nach den Gesetzen der UdSSR oder einer Unionsrepublik errichtet ist, oder eine natürliche Person, die in bezug auf die

## СОГЛАШЕНИЕ

между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик об устранении двойного налогообложения доходов и имущества

Австрийская Республика и Союз Советских Социалистических Республик,

сознавая потребность в облегчении торговых отношений и развитии экономического сотрудничества в соответствии с Заключительным Актом Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе, подписанным в Хельсинки 1 августа 1975 года,

руководствуясь желанием содействовать экономическому, культурному, промышленному и научно-техническому сотрудничеству и устранять двойное налогообложение,

договорились заключить нижеследующее Соглашение.

## СТАТЬЯ 1

Лица, к которым применяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые с точки зрения налогообложения рассматриваются как имеющие постоянное местопребывание в одном или в обоих Договаривающихся Государствах.

2. В смысле настоящего Соглашения термин «Лицо с постоянным местопребыванием в Договаривающемся Государстве» означает:

- a) применительно к лицу с постоянным местопребыванием в СССР: юридическое лицо или другую организацию, образованную по законам СССР или любой союзной республики и рассматриваемую с точки зрения налогообложения в СССР как юридическое лицо, а также физиче-

Besteuerung in der UdSSR ihren ständigen Wohnsitz in der UdSSR hat;

- b) in bezug auf eine in Österreich ansässige Person: eine juristische Person oder eine andere in Österreich steuerlich wie eine juristische Person behandelte Gesellschaft, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung in Österreich hat, oder eine natürliche Person, die in bezug auf die Besteuerung in Österreich ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hat.

3. Ist nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem der Staaten die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) wird die Person von beiden Staaten jeweils als ihr Staatsangehöriger behandelt oder ist die Person Staatsangehöriger keines der Staaten, so gehen die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemäß Artikel 18 dieses Abkommens vor.

4. Ist nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

ское лицо, имеющее с точки зрения налогообложения постоянное местожительство в СССР;

- b) применительно к лицу с постоянным местопребыванием в Австрии: юридическое лицо или другое общество, рассматриваемое с точки зрения налогообложения в Австрии как юридическое лицо, местопребывание которого или местонахождение руководящего органа которого находится в Австрии, а также физическое лицо, имеющее с точки зрения налогообложения постоянное местожительство или обычное проживание в Австрии.

3. Если в соответствии с пунктами 1 и 2 настоящей статьи физическое лицо является лицом, имеющим постоянное местожительство в обоих договаривающихся Государствах, применяется следующий порядок:

- a) это лицо считается лицом, имеющим постоянное местожительство в том Государстве, в котором оно имеет постоянное жилище; если оно имеет постоянное жилище в обоих Государствах, оно считается лицом, имеющим постоянное местожительство в том Государстве, в котором оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- b) в случае, когда нельзя определить, в каком из Государств данное лицо имеет центр жизненных интересов или если оно не имеет постоянного жилища ни в одном из Государств, оно считается лицом, имеющим постоянное местожительство в том Государстве, где оно обычно проживает;
- c) если данное лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается лицом, имеющим постоянное местожительство в том Государстве, гражданином которого оно является;
- d) если каждая из Сторон рассматривает данное лицо в качестве гражданина своего Государства или если оно не является гражданином ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств поступают в соответствии со статьей 18 настоящего Соглашения.

4. Если в соответствии с пунктами 1 и 2 настоящей статьи лицо, не являющееся физическим лицом, имеет местопребывание в обоих Договаривающихся Государствах, оно считается лицом, имеющим постоянное местопребывание в том Государстве, в котором находится центр его фактического управления.

## ARTIKEL 2

## Unter das Abkommen fallende Steuern

1. Dieses Abkommen gilt für die nach dem Recht der Vertragsstaaten von den juristischen und natürlichen Personen zu erhebenden Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zwar:

- a) In bezug auf die UdSSR: die Einkommensteuer von ausländischen juristischen Personen, die Einkommensteuer von der Bevölkerung, die Landwirtschaftssteuer, die Steuer von Besitzern von Gebäuden, die Bodensteuer, die Steuer von Besitzern von Transportmitteln;
- b) In bezug auf Österreich: die Einkommensteuer; die Körperschaftsteuer; die Aufsichtsratsabgabe; die Vermögensteuer; die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind; die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer; die Grundsteuer; die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben; die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen; die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken.

2. Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern und Gebühren, die den im Absatz 1 dieses Artikels angeführten Steuern und Gebühren im wesentlichen ähnlich sind und die nach der Unterzeichnung dieses Abkommens neben den bestehenden Steuern und Gebühren oder an deren Stelle von einem der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

## ARTIKEL 3

## Begriffsbestimmungen

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die nachstehend angeführten Ausdrücke:

- a) „Vertragsstaat“ — je nach dem Zusammenhang die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) oder die Republik Österreich (Österreich);
- b) „Internationaler Transport“ — die Durchführung von Transporten zwischen Orten, die in verschiedenen Staaten liegen, ausgenommen Transporte, die zwischen Orten durchgeführt werden, die im anderen Vertragsstaat liegen;
- c) „zuständige Behörden“:
  - 1. in der UdSSR: das Finanzministerium der UdSSR oder die von ihm ermächtigten Vertreter;

## СТАТЬЯ 2

## Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение распространяется на взимаемые в соответствии с законодательством Договаривающихся Государств с юридических и физических лиц следующие налоги с доходов и имущества:

- a) применительно к СССР: подоходный налог с иностранных юридических лиц, подоходный налог с населения, сельскохозяйственный налог, налог с владельцев строений, земельный налог, налог с владельцев транспортных средств;
- b) применительно к Австрии: подоходный налог; корпорационный налог; сбор с вознаграждений членам наблюдательных советов компаний; налог на имущество; сбор с имущества, не подпадающего под обложение налогом с наследства; промысловый налог, включая налог с фонда заработной платы; поземельный налог; сбор с сельскохозяйственных и лесных предприятий; отчисления от сельскохозяйственных и лесных предприятий в компенсационный фонд помощи семьям; сбор от стоимости незастроенных земельных участков.

2. Настоящее Соглашение будет также применяться ко всем налогам и сборам, по существу аналогичным приведенным в пункте 1 настоящей статьи налогам и сборам, которые будут вводиться любым из Договаривающихся Государств или его местными органами в дополнение к существующим налогам и сборам либо вместо них после подписания настоящего Соглашения.

## СТАТЬЯ 3

## Определение терминов

1. В смысле настоящего Соглашения термины, приведенные ниже, означают:

- a) «Договаривающееся Государство» — в зависимости от контекста Союз Советских Социалистических Республик (СССР) или Австрийскую Республику (Австрию);
- b) «Международная перевозка» — осуществление перевозок между пунктами, находящимися в различных государствах, исключая перевозки между пунктами, находящимися в другом Договаривающемся Государстве;
- c) «Компетентные органы»:
  - 1. в СССР — Министерство финансов СССР или уполномоченных им представителей;

2. in Österreich: der Bundesminister für Finanzen oder die von ihm ermächtigten Vertreter.

2. Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

#### ARTIKEL 4

##### Repräsentanz

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Repräsentanz“ eine in einem Vertragsstaat gelegene feste Betriebsstätte, in der eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ganz oder teilweise eine Geschäftstätigkeit ausübt.

2. Eine im anderen Vertragsstaat gelegene Bauausführung oder Montage gilt nicht als Repräsentanz, wenn ihre Dauer vierundzwanzig Monate nicht überschreitet.

3. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten folgende in einem Vertragsstaat gelegene feste Betriebsstätten nicht als Repräsentanz einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person:

- a) Räumlichkeiten, die ausschließlich zu dem Zwecke unterhalten werden, für die ein im anderen Vertragsstaat ansässige Person Waren einzukaufen;
- b) Räumlichkeiten und andere technische Mittel, die ausschließlich zur Lagerung und zur Durchführung der damit verbundenen Ladearbeiten oder zur Auslieferung von Waren einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person benützt werden;
- c) Räumlichkeiten, die ausschließlich zur Ausstellung von Waren einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person unterhalten werden sowie zum Verkauf der ausgestellten Waren nach Schluß der Ausstellung;
- d) Räumlichkeiten, die von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, für diese Person zu werben, Informationen

2. в Австрии — Федерального Министра Финансов или уполномоченных им представителей.

2. При применении настоящего Соглашения Договаривающимся Государством любой термин, который не определен в этом Соглашении, имеет то значение, которое придается ему по законодательству Государства, в пользу которого взимаются налоги, охватываемые настоящим Соглашением, если только из контекста не вытекает иное.

#### СТАТЬЯ 4

##### Представительство

1. В смысле настоящего Соглашения термин «представительство» означает расположенное в одном Договаривающемся Государстве постоянное место деятельности, в котором лицо с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве полностью или частично осуществляет коммерческую деятельность.

2. Строительная площадка или монтажный объект, находящиеся в другом Договаривающемся Государстве, не будут рассматриваться как представительство в случаях, если продолжительность работ на этих объектах не превышает 24 месяцев.

3. Независимо от предыдущих положений настоящей статьи, следующие расположенные в одном Договаривающемся Государстве места постоянной деятельности не рассматриваются как представительство лица с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве:

- a) помещения, которые используются исключительно в целях закупки товаров для лица с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве;
- b) помещения и другие технические средства, которые используются исключительно для складирования и проведения связанных с этим складских операций или для поставки товаров лица с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве;
- c) помещения, которые используются исключительно для показа на выставке товаров лица с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве, а также для продажи демонстрировавшихся товаров после окончания выставки;
- d) помещения, которые используются лицом с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве исключительно для целей проведения рекламы



zu beschaffen oder zu erteilen, Marktforschung oder ähnliche Tätigkeiten zu betreiben, die für diese Person vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

- e) Räumlichkeiten, die von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person ausschließlich zur Durchführung von Planungs-, Plankonstruktions- oder wissenschaftlichen Forschungsarbeiten, sei es für diese Person oder für Gemeinschaftstätigkeiten, zu Ingenieurarbeiten, zur Prüfung von Warenproben, Maschinen und Ausrüstungen, oder zur Bedienung von Maschinen und Ausrüstungen unterhalten werden, sofern diese Tätigkeiten vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) Räumlichkeiten, die von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, für diese Person andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- g) Räumlichkeiten, die von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, mehrere der unter den Buchstaben a bis f genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß diese Tätigkeiten in ihrer Gesamtheit für diese Person vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

4. Eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe sie eine Repräsentanz im anderen Vertragsstaat, weil sie dort ihre Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Tätigkeit nicht über den Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit eines solchen Maklers, Kommissionärs oder eines anderen unabhängigen Vertreters hinausgeht.

Bei der Anwendung dieses Abkommens wird davon ausgegangen, daß die sowjetischen Außenhandelsorganisationen die Funktionen eines Maklers, eines Kommissionärs oder eines sonstigen unabhängigen Vertreters für verschiedene sowjetische Industrie- oder andere Organisationen bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen von in Österreich ansässigen Personen ausüben. Entsprechend gilt der Verkauf von Waren an die sowjetischen Außenhandelsorganisationen durch in Österreich ansässige Personen als über einen Makler, einen Kommissionär oder einen sonstigen unabhängigen Vertreter ausgeführt, selbst wenn der Verkauf über die sich in der UdSSR

in пользу этого лица, сбора и распространения информации, маркетинга или для осуществления другой аналогичной деятельности, имеющей для этого лица подготовительный или вспомогательный характер;

- e) помещения, которые используются лицом с постоянным местопребыванием в другом Договариваемом Государстве исключительно для проведения проектных, проектно-конструкторских или научно-исследовательских работ только для этого лица или в качестве совместных работ, для инжиниринга, испытания образцов товаров, машин и оборудования или для обслуживания машин и оборудования, если эта деятельность носит подготовительный или вспомогательный характер;
- f) помещения, которые используются лицом с постоянным местопребыванием в другом Договариваемом Государстве исключительно в целях проведения для этого лица других видов деятельности, которые носят подготовительный или вспомогательный характер;
- g) помещения, которые используются лицом с постоянным местопребыванием в другом Договариваемом Государстве исключительно в целях проведения нескольких перечисленных в подпунктах от «а» до «f» видов деятельности при условии, что эти виды деятельности в их совокупности носят для него подготовительный или вспомогательный характер.

4. Лицо с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве не будет рассматриваться как имеющее представительство в другом Договариваемом Государстве. Если оно осуществляет там свою деятельность через брокера, комиссионера или другого независимого агента при условии, что эта деятельность не выходит за рамки обычной профессиональной деятельности такого брокера, комиссионера или другого независимого агента.

При применении настоящего Соглашения понимается, что советские внешнеторговые организации рассматриваются как выполняющие функции брокера, комиссионера или другого независимого агента для различных советских промышленных или иных организаций при закупке товаров и услуг у лиц с постоянным местопребыванием в Австрии. Соответственно, продажа товаров советским внешнеторговым организациям лицом с постоянным местопребыванием в Австрии рассматривается как осуществление продажи через брокера, комиссионера или другого независимого агента даже в том случае, когда продажа осуществ-

befindliche Repräsentanz der in Österreich ansässigen Person durchgeführt wird.

Eine juristische Person, die in einem der beiden Vertragsstaaten als Makler, Kommissionär oder als sonstiger unabhängiger Vertreter tätig ist, gilt als ein solcher Makler, Kommissionär oder sonstiger unabhängiger Vertreter, ohne Rücksicht darauf, ob sich die juristische Person im Besitz oder unter der Kontrolle einer in einem der Vertragsstaaten oder in einem dritten Staat ansässigen Person befindet.

#### ARTIKEL 5

##### Einkünfte der Repräsentanz

1. Einkünfte, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person im anderen Vertragsstaat aus einer gewerblichen Tätigkeit erzielt werden, dürfen in dem anderen Vertragsstaat nur besteuert werden, wenn sie durch die Tätigkeit einer in diesem anderen Vertragsstaat gelegenen Repräsentanz erzielt werden und nur in dem Ausmaß, in dem die Einkünfte dieser Repräsentanz zugerechnet werden können.

2. Bei der Besteuerung der Repräsentanz werden von der Gesamtsumme ihrer Einkünfte die für diese Repräsentanz entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Repräsentanz liegt, oder anderswo entstanden sind.

3. Es wird angenommen, daß eine Repräsentanz aus einer Einkaufstätigkeit keine Gewinne erzielt.

4. Einkünfte aus der Veräußerung des beweglichen Vermögens, das einer in einem der Vertragsstaaten gelegenen Repräsentanz einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person zugehört, dürfen im erstgenannten Staat besteuert werden.

5. Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die Regelungen, die in den Artikeln 6 bis 12 dieses Abkommens enthalten sind.

#### ARTIKEL 6

##### Einkünfte aus internationalen Transporten

1. Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus internationalen Transportleistungen mit Schiffen und Luftfahrzeugen erzielt, dürfen im anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden.

вляется через находящееся в СССР представительство лица с постоянным местопребыванием в Австрии.

Юридическое лицо, которое действует в одном из Договаривающихся Государств в качестве брокера, комиссионера или другого независимого агента, считается таким брокером, комиссионером или другим независимым агентом независимо от того, находится ли это юридическое лицо во владении или под контролем лица с постоянным местопребыванием в одном из Договаривающихся Государств или в третьем государстве.

#### СТАТЬЯ 5

##### Доходы представительства

1. Доходы лица с постоянным местопребыванием в одном Договаривающемся Государстве, получаемые из другого Договаривающегося Государства от коммерческой деятельности, могут подлежать налогообложению в другом Договаривающемся Государстве только в том случае, если они получены в результате деятельности представительства, находящегося в этом другом Договаривающемся Государстве, и только в части, составляющей доходы данного представительства.

2. При налогообложении представительства из общей суммы его доходов вычитаются возникающие у этого представительства расходы, включая управленческие и общие административные расходы, независимо от того, возникли ли они в стране нахождения представительства или в другом месте.

3. Понимается, что представительство не получает доходов от деятельности по закупкам товаров.

4. Доходы от продажи движимого имущества представительства, находящегося в одном Договаривающемся Государстве и принадлежащего лицу с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве, могут подлежать налогообложению в первом Государстве.

5. Положения настоящей статьи не затрагивают правил, установленных в статьях 6—12 настоящего Соглашения.

#### СТАТЬЯ 6

##### Доходы от международных перевозок

1. Доходы, получаемые лицом с постоянным местопребыванием в одном Договаривающемся Государстве от международных перевозок водным и воздушным транспортом, не могут подлежать налогообложению в другом Договаривающемся Государстве.

2. Die Bestimmungen dieses Artikels werden auch auf Einkünfte aus einer Beteiligung an einem Pool oder einer internationalen Betriebsgemeinschaft der Schifffahrt oder Luftfahrt angewendet.

#### ARTIKEL 7

##### Einkünfte aus Autorenrechten und Lizenzen

1. Einkünfte aus Urheberrechten und Lizenzgebühren, die aus einer Quelle in einem der Vertragsstaaten durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person bezogen werden, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat nicht besteuert werden.

2. Als Einkünfte im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels gelten alle Einkünfte, die für den Verkauf, die Benützung oder die Überlassung des Nutzungsrechtes bezogen werden von:

- a) Autorenrechten für wissenschaftliche, literarische und künstlerische Werke;
- b) Erfindungen (mit Patenten oder Urheberrechten, geschützten und ungeschützten), Rationalisierungsvorschläge;
- c) Industrie- und Gebrauchsmustern;
- d) Marken sowie Dienstleistungszeichen;
- e) Firmennamen;
- f) Programmen für Datenverarbeitung;
- g) Bändern zur Herstellung von Schallplatten und von anderen Tonträgern;
- h) Platten, Bändern und Filmen, die für Übertragungen im Rundfunk, Kino und Fernsehen angewendet werden;
- i) Erfahrungen und Kenntnissen aus der Industrie (Know-how).

3. Die Bestimmungen dieses Artikels werden auch auf Einkünfte angewandt.

- a) aus dem Verkauf, der Verwertung oder aus der Überlassung von Rechten zur Verwertung einzelner Industrie-, Handels- und wissenschaftlicher Einrichtungen, anderer wissenschaftlicher und technischer Mittel, wenn diese Einkünfte mit den in diesem Artikel vorgesehenen Verkäufen, Benützungen oder Überlassungen von Nutzungsrechten verbunden sind;
- b) aus technischen Dienstleistungen, wenn diese Einkünfte mit den in diesem Artikel vorgesehenen Verkäufen, Benützungen oder der Überlassung von Nutzungsrechten verbunden sind;

2. Положения настоящей статьи применяются также к доходам от участия в пуле или в международной организации по эксплуатации водного или воздушного транспорта.

#### СТАТЬЯ 7

##### Доходы от авторских прав и лицензий

1. Доходы от авторских прав и лицензий, получаемые из источника в одном из Договаривающихся Государств лицом с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве, не могут подлежать налогообложению в первом Договаривающемся Государстве.

2. Под доходами в смысле пункта 1 настоящей статьи понимаются все доходы, которые получены от продажи, использования или предоставления права использования:

- a) авторских прав на произведения науки, литературы и искусства;
- b) изобретений (защищенных и не защищенных патентами или авторскими свидетельствами), рационализаторских предложений;
- c) промышленных и полезных образцов;
- d) товарных знаков, а также знаков обслуживания;
- e) фирменных наименований;
- f) программы для вычислительных машин;
- g) пленок для производства грампластинок и других предметов воспроизведения звука;
- h) пластинок, пленок и фильмов, используемых для радиовещания, кино и телевидения;
- i) промышленного опыта и знаний («ноу-хау»).

3. Положения настоящей статьи применяются также в отношении доходов:

- a) от продажи, использования или предоставления права использования единичных экземпляров промышленного, торгового и научного оборудования, иных научных и технических средств, если эти доходы связаны с предусмотренными в настоящей статье продажей, использованием или предоставлением права использования;
- b) от оказания технических услуг, если эти доходы связаны с предусмотренными в настоящей статье продажей, использованием или предоставлением права использования;

c) aus der Herstellung von Aufzeichnungen auf Schallplatten, Filmen und auf anderen Tonträgern.

e) от производства записи на граммофонных пластинках, пленках и других предметах воспроизведения звука.

#### ARTIKEL 8

##### Dividenden

1. Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden.

2. Im Sinne dieses Artikels bedeutet der Ausdruck „Dividenden“ Einkünfte aus Aktien und andere Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaates, in dem die ausschüttende juristische Person ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

#### ARTIKEL 9

##### Zinsen

Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen in diesem anderen Staat nicht besteuert werden.

#### ARTIKEL 10

##### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

1. Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Vermietung und Verpachtung oder einer anderen Art der Nutzung sowie aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens, das im anderen Vertragsstaat liegt, bezieht, dürfen in diesem anderen Vertragsstaat besteuert werden.

2. Im Sinne dieses Abkommens hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaates zukommt, in dem das Vermögen liegt.

#### ARTIKEL 11

##### Arbeitslohn und einige andere Einkünfte natürlicher Personen

1. Arbeitslöhne und andere Einkünfte, die eine in einem der Vertragsstaaten ansässige natürliche Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte Tätigkeit bezieht, dürfen in diesem anderen Staat nur dann besteuert werden, wenn sich die Person dort länger als insgesamt 183 Tage aufgehalten hat.

#### СТАТЬЯ 8

##### Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые юридическим лицом с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве лицу с постоянным местопребыванием в другом Договариваемом Государстве, не могут облагаться налогами в первом Государстве.

2. В смысле настоящей статьи термин «дивиденды» означает доходы от акций и другие доходы, которые в соответствии с налоговым правом Договариваемого Государства, в котором юридическое лицо, распределяющее прибыль, имеет постоянное местопребывание, приравниваются к доходам от акций.

#### СТАТЬЯ 9

##### Проценты

Проценты, которые лицо с постоянным местопребыванием в одном договариваемом Государстве получает из другого Договариваемого Государства, не могут подлежать налогообложению в этом другом Государстве.

#### СТАТЬЯ 10

##### Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые лицом с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве от аренды, сдачи внаем или любого другого вида использования, а также от продажи недвижимого имущества, находящегося в другом Договариваемом Государстве, могут подлежать налогообложению в этом другом Государстве.

2. В смысле настоящего Соглашения термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое придается ему правом Договариваемого Государства, где такое имущество находится.

#### СТАТЬЯ 11

##### Заработная плата и некоторые другие доходы физических лиц

1. Заработная плата и другие доходы, которые физическое лицо с постоянным местопребыванием в одном из Договариваемых Государств получает за осуществление деятельности в другом Договариваемом Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве, только если это лицо находилось там в общей сложности более 183 дней.

2. Abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte hoheitliche Funktion bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden.

3. Abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen Löhne und andere Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine Tätigkeit bezieht, die auf einer Baustelle oder Montage im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird, in diesem Staat nur dann besteuert werden, wenn sie von einer Person gezahlt werden, für die diese Baustelle oder Montage als Repräsentanz im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 dieses Abkommens gilt.

4. Abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen folgende Vergütungen, die eine in einem der Vertragsstaaten ansässige natürliche Person für Tätigkeiten in dem anderen Vertragsstaat bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden:

- a) Einkünfte einer Person, die sich im anderen Vertragsstaat auf Einladung eines staatlichen Organs oder einer Institution, Lehr- oder wissenschaftlichen Forschungsanstalt dieses Vertragsstaates zu Lehrtätigkeiten, zur Durchführung von Forschungen oder zur Teilnahme an wissenschaftlichen, technischen oder beruflichen Konferenzen oder zur Durchführung von Programmen der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen aufhält, wenn die Vergütungen für einen Vortrag, für die Durchführung von Forschungen, für die Teilnahme an solchen Konferenzen oder für die Durchführung von Programmen der Zusammenarbeit gezahlt werden. Dies gilt nicht, wenn der Vortrag, die Durchführung von wissenschaftlichen Forschungen oder die Teilnahme an Konferenzen den persönlichen Interessen der im ersten Vertragsstaat ansässigen Person dient;
- b) Stipendien, die Schüler, Studenten, Aspiranten und Praktikanten, die sich im anderen Vertragsstaat zum Zwecke der Ausbildung, der Erfahrungsammlung auf besonderen Fachgebieten aufhalten, sowie die Beträge, die diese Personen aus Quellen außerhalb dieses anderen Vertragsstaates für ihren Lebensunterhalt, ihre Ausbildung oder zum

2. В отличие от положений пункта 1 настоящей статьи вознаграждения, получаемые физическим лицом с постоянным местопребыванием в одном Договаривающемся Государстве за осуществление государственных функций в другом Договаривающемся Государстве, могут подлежать налогообложению только в первом Государстве.

3. В отличие от положений пункта 1 настоящей статьи заработная плата и другие доходы, получаемые лицом с постоянным местопребыванием в одном Договаривающемся Государстве от работы, осуществляемой на строительной площадке или на монтажном объекте в другом Договаривающемся Государстве, могут подлежать налогообложению в этом другом Государстве только в случае, если они выплачиваются лицом, для которого эта строительная площадка или монтажный объект рассматриваются в соответствии с пунктом 2 статьи 4 настоящего Соглашения как представительство.

4. В отличие от положений пункта 1 настоящей статьи следующие виды вознаграждений, получаемых физическим лицом с постоянным местопребыванием в одном Договаривающемся Государстве за осуществление деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут подлежать налогообложению только в первом Государстве:

- a) доход лица, находящегося в другом Договаривающемся Государстве по приглашению государственного органа или учреждения, учебного или научно-исследовательского заведения этого Договаривающегося Государства для преподавания, проведения научных исследований либо для участия в научных, технических или профессиональных конференциях или с целью осуществления межправительственных программ сотрудничества, если доходы получены от преподавания, проведения научных исследований, участия в таких конференциях или от осуществления программ сотрудничества. Это не относится к случаям, когда преподавание, проведение научных исследований или участие в конференциях служит личным интересам лица с постоянным местопребыванием в первом Договаривающемся Государстве;
- b) стипендии, получаемые учащимися, студентами, аспирантами и практикантами, находящимися в другом Договаривающемся Государстве с целью обучения или приобретения опыта по специальности, а также получаемые этими лицами из источников за пределами этого другого Договаривающегося Государства денеж

Erwerb von Erfahrungen auf besonderen Fachgebieten erhalten;

- c) Ruhegehälter und andere ähnliche Entgelte;
- d) Vergütungen für Tätigkeiten, die auf Transportmitteln, die im internationalen Verkehr betrieben werden, ausgeübt werden;
- e) Vergütungen, die von einer in einem der Vertragsstaaten ansässigen Person an das Personal gezahlt werden, das mit dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen befaßt ist, die von dieser Person im internationalen Verkehr betrieben werden.

ные суммы для обеспечения прожиточного уровня, для получения образования и приобретения опыта по специальности;

- c) суммы пенсий и других подобных вознаграждений;
- d) вознаграждения за работу на транспортных средствах, используемых в международных перевозках;
- e) вознаграждения, выплачиваемые персоналу лица с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве, занимающемуся эксплуатацией транспортных средств, участвующих в международных водных и воздушных перевозках, осуществляемых этим лицом.

#### ARTIKEL 12

##### Andere Einkünfte

Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht genannt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

#### ARTIKEL 13

##### Vermögensbesteuerung

1. Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf in diesem anderen Staat besteuert werden.

2. Bewegliches Vermögen, das einer Repräsentanz zugehört, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person im anderen Vertragsstaat hat, darf in diesem anderen Staat besteuert werden.

3. Schiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Transportmittel dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, der diese Gegenstände gehören.

4. Alle anderen beweglichen Vermögenswerte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

5. Im Sinne dieses Abkommens hat der Ausdruck „bewegliches Vermögen“ die Bedeutung,

#### СТАТЬЯ 12

##### Другие доходы

Доходы лица с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве, не указанные в предыдущих статьях настоящего Соглашения, могут подлежать налогообложению только в этом Государстве независимо от источника их происхождения.

#### СТАТЬЯ 13

##### Налогообложение имущества

1. Недвижимое имущество, принадлежащее лицу с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве и находящееся в другом Договариваемом Государстве, может подлежать налогообложению в этом другом Государстве.

2. Движимое имущество, принадлежащее представительству, которое лицо с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве имеет в другом Договариваемом Государстве, может подлежать налогообложению в этом другом Государстве.

3. Водные и воздушные транспортные средства, участвующие в международных перевозках, а также движимое имущество, служащее для эксплуатации таких транспортных средств, могут подлежать налогообложению только в том Договариваемом Государстве, где лицо, которому принадлежат эти средства, имеет постоянное местопребывание.

4. Все другие виды движимого имущества лица с постоянным местопребыванием в одном Договариваемом Государстве, могут подлежать налогообложению только в этом Государстве.

5. В смысле настоящего Соглашения термин «движимое имущество» имеет то значение,

die ihm nach dem Recht des Vertragsstaates zukommt, in dem das Vermögen liegt.

которое придается ему правом Договаривающегося Государства, в котором такое имущество находится.

#### ARTIKEL 14

##### Vermeidung einer steuerlichen Diskriminierung

1. Eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person darf im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung unterworfen werden, die anders, höher oder belastender ist als die Besteuerung, der Staatsbürger des anderen Staates unter den gleichen Verhältnissen unterworfen werden dürfen.

2. Eine in einem Vertragsstaat gelegene Repräsentanz einer im anderen Staat ansässigen Person darf im erstgenannten Staat keiner Besteuerung, die anders, höher oder belastender ist als die Besteuerung, der die im erstgenannten Staat gelegenen Repräsentanzen von Personen, die in Drittstaaten ansässig sind, unterworfen werden.

3. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten ungeachtet Artikel 2 dieses Abkommens für alle Steuern und Abgaben, die von einer in einem der Vertragsstaaten ansässigen Person im anderen Vertragsstaat erhoben werden könnten.

#### ARTIKEL 15

##### Steuerprivilegien

1. Die Bestimmungen dieses Abkommens betreffen nicht die steuerlichen Privilegien, die den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, anderen, hinsichtlich der steuerlichen Privilegien gleichgestellten Institutionen und Organisationen der Vertragsstaaten, den Leitern und Mitgliedern des diplomatischen Personals und den Mitarbeitern dieser Vertretungen, Institutionen und Organisationen sowie den Mitgliedern ihrer Familien zustehen.

2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels werden auch auf die Repräsentanten der Vertragsstaaten, auf Mitglieder parlamentarischer und anderer Regierungsdelegationen der Vertragsstaaten sowie auf die Mitarbeiter der Delegationen der Vertragsstaaten angewandt, die in die UdSSR oder nach Österreich zwecks Teilnahme an zwischenstaatlichen Verhandlungen, Konferenzen oder Veranstaltungen oder zur Abwicklung anderer Aufträge entsendet werden.

#### СТАТЬЯ 14

##### Избежание налоговой дискриминации

1. Физическое лицо с постоянным местопребыванием в одном Договаривающемся Государстве не может подлежать в другом Договаривающемся Государстве иному, более высокому или более обременительному налогообложению, чем налогообложение, которому могут подлежать граждане этого другого Государства при тех же условиях.

2. Находящееся в одном Договаривающемся Государстве представительство лица с постоянным местопребыванием в другом Договаривающемся Государстве не может подлежать в первом Государстве иному, более высокому или более обременительному налогообложению, чем налогообложение находящихся в этом первом Государстве представительств лиц с постоянным местопребыванием в третьих государствах.

3. Положения настоящей статьи, независимо от положений статьи 2 настоящего Соглашения, распространяются на все налоги и сборы, которые могли бы взиматься с лица с постоянным местопребыванием в одном из Договаривающихся Государств в другом Договаривающемся Государстве.

#### СТАТЬЯ 15

##### Налоговые привилегии

1. Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, которые предоставляются дипломатическим и консульским представительствам, другим приравненным к ним в отношении налоговых привилегий учреждениям и организациям Договаривающихся Государств, главам и членам дипломатического персонала и сотрудникам этих представительств, учреждений и организаций а также членам их семей.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к представителям Договаривающихся Государств, членам парламентских и других правительственных делегаций Договаривающихся Государств, а также сотрудникам делегаций Договаривающихся Государств, которые направляются в СССР или Австрию иля участия в межгосударственных переговорах, конференциях или мероприятиях или для выполнения других поручений.

## ARTIKEL 16

## Anwendungsbedingungen des Abkommens

1. Dieses Abkommen wird nur auf die Besteuerung der Einkünfte aus einer Tätigkeit angewendet, welche im Vertragsstaat dem dort geltenden Recht entspricht.

2. Die Bestimmungen dieses Abkommens betreffen nicht die geltenden, die Fragen der Besteuerung regelnden Abkommen, welche zwischen den Vertragsstaaten früher abgeschlossen wurden. Sieht dieses Abkommen jedoch eine günstigere steuerliche Regelung vor, wird dieses Abkommen angewendet.

## ARTIKEL 17

## Informationsaustausch

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden einander erforderlichenfalls die in ihren Steuergesetzgebungen eingetretenen Änderungen mitteilen und sie werden die nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Informationen austauschen, die für die Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens erforderlich sind. Alle nach diesem Artikel erhaltenen Informationen dürfen nur zum Zwecke der Durchführung dieses Abkommens verwendet werden.

## ARTIKEL 18

## Regelung von Streitfragen

1. Ist eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem sie ansässig ist, unterbreiten. Hält die zuständige Behörde die Anwendung für begründet, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

2. Wird zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten ein Einvernehmen erzielt, so wird die Behörde des Staates, in dem die Besteuerung diesem Abkommen nicht entsprochen hat, gegebenenfalls zu viel bezahlte Beträge zurückzahlen, zustehende steuerliche Vergünstigungen gewähren oder zu wenig gezahlte Beträge nachfordern.

## СТАТЬЯ 16

## Условия применения Соглашения

1. Настоящее Соглашение применяется только к налогообложению доходов от деятельности, которая в Договариваемом Государстве соответствует действующему там праву.

2. Положения настоящего Соглашения не затрагивают действующих соглашений, регулирующих вопросы налогообложения, которые ранее были заключены между Договариваемыми Государствами. Однако, если настоящее Соглашение предусматривает более благоприятный налоговый режим, то применяется настоящее Соглашение.

## СТАТЬЯ 17

## Обмен информацией

Компетентные органы Договаривающихся Государств будут в случае необходимости сообщать друг другу об имевших место изменениях в их налоговом законодательстве и обмениваться информацией, допускаемой их внутригосударственным правом и необходимой для выполнения положений настоящего Соглашения. Вся полученная на основании настоящей статьи информация может использоваться только для целей выполнения настоящего Соглашения.

## СТАТЬЯ 18

## Урегулирование спорных вопросов

1. Если лицо с постоянным местопребыванием в одном из Договариваемых Государств считает, что меры, принимаемые одним или обоими Договариваемыми Государствами приводят или приведут к налогообложению этого лица, которое не соответствует настоящему Соглашению, оно может, независимо от средств защиты, предусмотренных внутригосударственным правом этих Государств, передать этот вопрос на рассмотрение компетентному органу Договариваемого Государства, в котором оно имеет постоянное местопребывание. Если компетентный орган считает обращение обоснованным, то он будет стремиться прийти к соглашению с компетентным органом другого Договариваемого Государства для того, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего положениям настоящего Соглашения.

2. Если между компетентными органами Договариваемых Государств будет достигнуто согласие, то органы Государства, в котором налогообложение не соответствовало настоящему Соглашению, соответственно вернут переплаченные суммы, предоставят полагающиеся налоговые льготы или взыщут недоплаченные суммы.



3. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, im gegenseitigen Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

4. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

#### ARTIKEL 19

##### Inkrafttreten

1. Die Vertragsstaaten verständigen einander auf diplomatischem Wege über die Erfüllung der notwendigen Formalitäten, die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlich sind.

2. Das Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte der im Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Benachrichtigungen erfolgt ist, und seine Bestimmungen werden erstmals auf alle Steuern und Abgaben angewendet, die für das Kalenderjahr 1979 erhoben werden.

#### ARTIKEL 20

##### Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt so lange in Kraft, bis einer der Vertragsstaaten es kündigt. Jeder der Vertragsstaaten kann das Abkommen nach Ablauf von drei Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens auf diplomatischem Wege schriftlich nicht später als sechs Monate vor Ablauf jedes Kalenderjahres kündigen. In einem solchen Fall wird das Abkommen letztmalig auf die Steuern und Abgaben angewendet, die für das Kalenderjahr erhoben werden, für das die Kündigung erfolgt ist.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. April 1981  
in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Egon Bauer

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

A. N. Kamenskow

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться к устранению по взаимному согласию трудностей или сомнений, возникающих при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также совместно обсуждать возможность избежания двойного налогообложения в случаях, не предусмотренных настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств могут, в целях достижения согласия в смысле предыдущих пунктов настоящей статьи, непосредственно вступать в отношения друг с другом.

#### СТАТЬЯ 19

##### Вступление в силу

1. Договаривающиеся Государства уведомят друг друга по дипломатическим каналам о выполнении необходимых формальностей, требующихся для вступления в силу настоящего Соглашения.

2. Соглашение вступит в силу в первый день третьего месяца, следующего за месяцем, в котором будет передано последнее из предусмотренных в пункте 1 настоящей статьи уведомлений, и его положения впервые будут применяться ко всем налогам и сборам, которые взимаются за 1979 календарный год.

#### СТАТЬЯ 20

##### Прекращение действия

Настоящее Соглашение остается в силе до тех пор, пока одно из Договаривающихся Государств не денонсирует его. Каждое из Договаривающихся Государств может, по истечении трех лет со дня вступления Соглашения в силу, денонсировать его путем передачи через дипломатические каналы соответствующего письменного уведомления не позднее чем за шесть месяцев до окончания любого календарного года. В таком случае Соглашение в последний раз применяется в отношении налогов и сборов, которые взимаются за календарный год, в котором была осуществлена денонсация.

Совершено в г. Вене 10 апреля 1981 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

За Австрийскую Республику

Эгон Бауэр

За Союз Советских  
Социалистических Республик

Каменков

Wien, am 10. April 1981

г. Вена, «10» апреля 1981 г.

Sehr geehrter Herr Kamenskow!

Anlässlich der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung eines zwischen unseren beiden Staaten abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die Republik Österreich in Ausführung der im Abkommen angeführten Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens folgende Methode anwenden wird:

Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach dem Abkommen in der UdSSR besteuert werden, so nimmt Österreich diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus. Diese Einkünfte dürfen jedoch bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

Ich beehre mich Sie zu bitten, Ihr Einverständnis hiezu zu geben und die angeführten Bestimmungen gleichzeitig als integrierenden Bestandteil des Abkommens betrachten zu wollen.

Genehmigen Sie bitte, sehr geehrter Herr Kamenskow, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Egon Bauer

An Herrn

A. N. Kamenskow,  
Stellvertretender Minister für Finanzen der  
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Wien, am 10. April 1981

Sehr geehrter Herr Dr. Bauer!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 10. April 1981 folgenden Inhalts zu bestätigen:

„Sehr geehrter Herr Kamenskow!

Anlässlich der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung eines zwischen unseren beiden Staaten abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die Republik Österreich in Ausführung der im Abkommen angeführten Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens folgende Methode anwenden wird:

Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach dem Ab-

Уважаемый господин Каменсков!

В связи с подписанием сего числа Соглашения между нашими двумя Государствами об устранении двойного налогообложения доходов и имущества имею честь сообщить Вам, что Австрийская Республика во исполнение приведенных в Соглашении положений об устранении двойного налогообложения доходов и имущества будет применять следующий метод:

Если лицо с постоянным местопребыванием в Австрии получает доходы или имеет имущество, и эти доходы и имущество могут в соответствии с настоящим Соглашением подлежать налогообложению в СССР, то Австрия исключит такие доходы или имущество из налогообложения. Эти доходы могут, однако, учитываться при определении налогов на другие доходы этого лица.

Имею честь просить Вас подтвердить своё согласие с этим и одновременно рассматривать указанные положения в качестве неотъемлемой составной части этого Соглашения.

Примите, господин Каменсков, уверения в моём высоком к Вам уважении.

Эгон Бауэр

Господину А. Н. Каменскову,  
Заместителю Министра Финансов  
Союза Советских Социалистических  
Республик

г. Вена, «10» апреля 1981 г.

Уважаемый господин Бауэр!

Имею честь подтвердить получение Вашего письма от «10» апреля 1981 г. следующего содержания:

«Уважаемый господин Каменсков!

В связи с подписанием сего числа Соглашения между нашими двумя Государствами об устранении двойного налогообложения доходов и имущества имею честь сообщить Вам, что Австрийская Республика во исполнение приведенных в Соглашении положений об устранении двойного налогообложения доходов и имущества будет применять следующий метод:

Если лицо с постоянным местопребыванием в Австрии получает доходы или имеет имущество, и эти доходы и имущество могут в

kommen in der UdSSR besteuert werden, so nimmt Österreich diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus. Diese Einkünfte dürfen jedoch bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

Ich beehre mich Sie zu bitten, Ihr Einverständnis hiezu zu geben und die angeführten Bestimmungen gleichzeitig als integrierenden Bestandteil des Abkommens betrachten zu wollen.

Genehmigen Sie bitte, sehr geehrter Herr Kamenskow, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.“

Hiemit habe ich die Ehre, Ihnen mein Einverständnis zu den in Ihrem Brief angeführten Bestimmungen zu geben und auch dahingehend, daß diese Bestimmungen als integrierender Bestandteil des Abkommens zu betrachten sind.

Genehmigen Sie bitte, sehr geehrter Herr Dr. Bauer, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

**A. N. Kamenskow**

An Herrn Dr. Egon Bauer  
Sektionschef im Bundesministerium  
für Finanzen der Republik Österreich

соответствии с настоящим Соглашением подлежать налогообложению в СССР, то Австрия исключит такие доходы или имущество из налогообложения. Эти доходы могут, однако, учитываться при определении налогов на другие доходы этого лица.

Имею честь просить Вас подтвердить своё согласие с этим и одновременно рассматривать указанные положения в качестве неотъемлемой составной части этого Соглашения.

Примите, господин Каменсков, уверения в моём высоком к Вам уважении».

Настоящим имею честь подтвердить своё согласие с содержащимися в Вашем письме положениями, а также с тем, чтобы эти положения рассматривались в качестве неотъемлемой части этого Соглашения.

Примите, господин Бауэр, уверения в моём высоком к Вам уважении.

**A. H. Каменсков**

Господину Эгону Бауэру,  
Секцион-шефу Федеральное Министерство  
Финансов Австрийской Республики

Die Ermächtigung zur Abgabe der in Art. 19 Abs. 1 des Abkommens vorgesehenen Mitteilung wurde vom Bundespräsidenten unterzeichnet und vom Bundeskanzler gegenzeichnet; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 19 Abs. 2 am 1. Oktober 1982 in Kraft.

Kreisky

The legislation is no longer in force